

Grundstein

WOCHENBLATT DES DEUTSCHEN BAUGEWERKSBUDES

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Tiefbau-, und Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeuindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, für Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzo-Arbeiter

Herausgeber: Deutscher Bauwerksbund, Berlin SW 68, Friedrichstraße 5-6. Fernsprecher: A 7 Dönhoff, 7650, 7651, 6240. Postscheckkonto: Berlin Nummer 65232. Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis je Monat 1.— Mark (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Redaktionsschluss Montag früh. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Depositenkasse Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Deutscher Bauwerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11, Stressemannstraße 48

NUMMER 2

BERLIN DEN 14. JANUAR 1933

46. JAHRGANG

Auf dem Wege vom Kapitalismus zum Sozialismus

Wenn wir an das Jahr 1932 zurückdenken, so ist mühelos festzustellen, daß der kapitalistische Karren noch weiter in die Untiefe getorkelt ist und noch mehr Existenzen mit hinabgezogen hat. Während allerwärts eine Ueberfülle von Lebensgütern auf Verkauf und Verbrauch wartet, wissen Millionen Menschen nicht, wie sie des Lebens Nahrung und Notdurft befriedigen sollen. Früher kamen die Bauern durch unvernünftiges Wirtschaften oder Mißernte an den Bettelstab, heute werden sie durch rationelles Wirtschaften oder reiche Ernte ruiniert. Früher wurden Fabrikarbeiter entlassen, weil sie ungeschickt waren oder zu wenig schafften, heute fliegen sie tausendweise auf die Straße, weil sie sehr geschickt sind und zu viel erzeugen. Bauern und Arbeiter verlieren Erwerb, Verdienst und Brot, weil es für die Warenfülle, die sie produzieren, an Kaufkraft fehlt. Die Bauern können nicht die Erzeugnisse der Industrie kaufen, weil die Industriearbeiter immer weniger landwirtschaftliche Erzeugnisse kaufen können.

Seit einem Jahrhundert sind ununterbrochen Menschen vom Land in die Stadt zur Industrie geströmt, wo sie zwar wenig fanden, aber immer noch mehr als auf der Scholle, so daß sie blieben und zur Vermehrung der Verbraucherschaft beitrugen. Damit ist es nun allerwärts vorbei. Der Menschenstrom soll jetzt umgekehrt fließen. Die Industriearbeiter sollen hinaus aufs Land, weil sie nur dort noch — so wird ihnen zugesprochen — eine Lebensmöglichkeit finden könnten. Aber auch auf dem Lande sind der Menschen zu viele. Selbst dort grinst Frau Sorge oder der Gerichtsvolzhüter. Zahlreiche Bauern möchten ebenfalls der Qual enttrinnen. Aber die Tatsache, daß in den Industrieorten die Not noch verzweifelter ist, zwingt sie, zu bleiben. Für sie gibt es ebenso wenig ein Entrinnen wie für die Industriearbeiter. Beide müssen bleiben und kämpfen, wenn sie nicht untergehen wollen. Schicksalsgenossen!

So ist es in der ganzen kapitalistischen Welt. Und wenn sich hier und da ein Land noch in einer günstigeren Lage befindet, ist es gerade, als ob es von einer Elementargewalt getrieben würde, sich schnellstens in den großen Reigen des Untergangs einzuordnen. Allerwärts ist die Produktionsmöglichkeit bloß noch zu einem Bruchteil in Benutzung. Von Neuseeland bis Spitzbergen, vom Kap bis zum Goldenen Horn schreien die Bauern nach Hilfe. In Britannien, Amerika und anderswo gibt es Hungermährchen nach den Hauptstädten. Die öffentlichen Kassen sind überall leer, die Zahl der bankrotten Gemeinden schnell himmelwärts, die Wohlfahrtsämter rufen nach Hilfe.

Gegen diesen Zustand, der verheerender ist als der Krieg oder die ägyptische Dürre, hat die herrschende Klasse kein Mittel. Sie sucht die weltweite Wirtschaftsnöte mit Gesundbeter, weißer Salbe oder dem Süßel zu heilen. Eine allgemeine Verschlimmerung des Unheils ist die Folge. Es sieht so aus, als ob der fündige menschliche Geist erstorben wäre, aller Fortschritt aufgehört habe und dieser Nacht kein Morgen folge...

Damit ist indessen nur die Tatsache ausgedrückt, daß die materiellen Voraussetzungen für das kapitalistische System dahin sind und daß es neue Ideen nicht mehr zu gebären vermag. Der weltweite Zustand, die zunehmende Zahl der Arbeitslosen, verelendeten Bauern, geschäftlichen Zusammenbrüche, politischen Krisen und der Kabinettsstürze macht offensichtlich, daß es mit der kapitalistischen Ordnung zur Neige geht. Daß wir inmitten einer gesellschaftlichen Umwälzung stehen, in einer Umwälzung von einem Ausmaß und einer Tiefe, wofür es in der ganzen Weltgeschichte kein Beispiel gibt.

Im Vergleich zu der jetzigen Umwälzung waren der Untergang des Römischen Reiches vor zweitausend Jahren oder das Versinken des Feudalismus in Frankreich vor anderthalb Jahrhunderten oder der Sturz der Mandschuherrschaft vor zwei Jahrzehnten nur Kleinigkeiten. Bei jeder der bisherigen gesellschaftlichen Umwälzungen handelte es sich um begrenzte Gebiete mit verhältnismäßig kleinen Menschenmassen. Bei der gegenwärtigen Umwälzung handelt es sich jedoch um die gesamte kapitalistische Welt und die ganze Menschheit. Noch mehr: Bisher ging es um Gesellschaftssysteme,

durch deren Beseitigung das Dasein der proletarischen Massen nur wenig verbessert werden konnte, heute aber geht es um ein System, durch dessen Abschaffung es endlich und wirklich möglich wird, der gesamten proletarischen Masse ein menschliches Dasein zu gewähren.

Eine neue Zeit steht bereit. Sie wartet mit einem erdrückenden Ueberfluß an Produktionsmitteln, Nahrungsmitteln und sonstigen Lebensgütern mit der leichten Möglichkeit, dies alles zu vermehren. Dazu fügen sich unabsehbare Haufen von Menschen, deren inbrünstiger Wunsch ist, nur wieder der zermürbenden Krankheit der wirtschaftlichen Ueberflüssigkeit ledig zu werden und schaffen zu können.

Nun geht allerdings, wie man sich jetzt wieder allwärts überzeugen kann, der Wechsel einer Gesellschaftsordnung nicht ohne große Schwierigkeiten vor sich, selbst wenn die Vorbedingungen dazu überreif sind. Es gibt immer viele Menschen, die die Augen für das Unumgängliche verschließen oder für die aus der menschlichen Drangsal immer noch Nutzen quillt. Nie wird Neues ohne Kämpfe und Schmerzen geboren, noch nie war eine Geburt ein ästhetischer, schmerzloser Akt.

Das Ende der kapitalistischen Ordnung ist indessen weniger Sache der Einsicht oder des guten Willens, sondern unerbittliche Notwendigkeit. Daß diese immer mächtiger wird, dafür sorgt die Kapitalistenklasse selbst. Die Beweise hierfür liegen in allen Gassen und Be-

trieben der Welt. Selbst während der Krise wird, von der verschärften Konkurrenz erzwungen, die Rationalisierung nachdrücklicher als je betrieben. Allerwärts steigt der Arbeitsertrag bei gleichzeitiger Senkung der Belegschaft. Das höchste Ziel des Unternehmertums ist die menschenleere Fabrik. Das heißt nichts anderes als immer mehr Arbeitslose und immer weniger Käufer. Das bedeutet eine weitere Vermehrung der Totengräber des Kapitalismus und eine Verminderung seiner Beschützer. Er schnürt sich selbst, von unвідstehlichem Zwang getrieben, den Lebensodem ab und verallgemeinert die antikapitalistische Sehnsucht.

Eine neue Gesellschaftsordnung, die sozialistische, winkt im Weltmaßstabe. Sie kommt nicht, weil sie schon allgemein bewußt gefordert wird, sondern sie kommt, weil der Menschheit keine andere Wahl bleibt, wenn sie nicht vollends zugrunde gehen will. Das Tempo des Kommens der neuen Ordnung ist jedoch weniger eine Frage der Erkenntnis oder der Sehnsucht, sondern eine des Tatwillens. Des Tatwillens der sozialistischen Arbeiterschaft. Daran wird es künftig noch weniger fehlen dürfen als in der Vergangenheit.

Von der Stärke dieses Tatwillens wird es im wesentlichen abhängen, wann der Kapitalismus seine Besitzentheit nach der menschenleeren Fabrik für immer aufgeben muß. Dieser Tatwille wird bewirken, daß der schon graue Morgen bald zum lichten Tag wird!

Trotz der Krise . . .

Für die Demagogen aller politischen Schattierungen sind die Gewerkschaften der „Hauptfeind“. Den Gewerkschaften und vor allem ihren „Bonzen“ wird vielfach mit geminderter Entrüstung und falschem Pathos vorgeworfen, sie verschuldeten alles Elend der Nachkriegszeit. Ob Nazi oder mittelständlerischer Spieler, ob Landjunker oder Schlotbaron, ob Hugenberger oder Dingeldeyer — alle erheben den gleichen Vorwurf gegenüber den Gewerkschaften. Immer wieder wird ihnen vorgeworfen, an dem Niedergang der deutschen Wirtschaft Schuld zu haben durch ihre gesteigerte Lohn- und Sozialpolitik. Als wenn das nicht der Hauptzweck der Gewerkschaften wäre! Zudem ist diese Version nichts weiter als ein ebenso blanker wie blöder Schwindel, um die Unfähigkeit der privatkapitalistischen Welt zu verdecken. Aber leider wird dieser Schwindel vor allem von politischen und wirtschaftlichen Säuglingen geglaubt und eifrig nachgekauft. Hinzu kommt das gegenteilige Kommunistsgeschrei, wonach die freien Gewerkschaften nie etwas geleistet, in den Krisenzeiten, vor allem im Abwehrkampf gegen die Reaktion, vollständig versagt und an jedem Tag „Arbeiterverrat“ geübt hätten. Nach dieser blöden Version tragen nun wieder die Gewerkschaften die Schuld am Abba der Löhne und den Leistungen der Sozialversicherung. So hören wir heuchlerisches und unsinniges Wortgetramel von allen Seiten. Doch da wir gewohnt sind, weder Phrasen zu dreschen noch der Wahrheit Gewalt anzutun, wollen wir heute nur einige nüchterne Zahlen sprechen lassen. Dabei schenken wir den Reaktionen und Demagogen aller Schattierungen ihr Wortgequassel und wollen, da die Gewerkschaftserfolge während der aufsteigenden Konjunktur allbekannt sind, nur kurz berichten über die Tätigkeit und Erfolge der freien Gewerkschaften in den Krisenzeiten.

Nach den Feststellungen des ADGB, hatten die ihm angeschlossenen Verbände im ersten Jahre der Krise (1930) für 9,8 Millionen Arbeitskräfte 11 283 und im zweiten Krisenjahre (1931) für 8,4 Millionen Arbeitskräfte 11 713 Tarifverträge abgeschlossen. Zur Verbesserung, Erhaltung oder Abwehr von geplanten Verschlechterungen der in diesen Verträgen geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen mußten die Gewerkschaften in den genannten Jahren 15 298 Kämpfe führen, an denen 22,2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt waren.

Was war das Ergebnis? Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit für 364 901 Personen um 1 018 398 Stunden je Woche; für 452 888 Personen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 1,70 M je Woche; für 1 959 763 Personen die Verbesserung sonstiger Arbeitsbedingungen. Außerdem war es in vielen Be-

trieben möglich, von den Unternehmern beabsichtigte Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse abzuwehren. So wurde für 435 548 Personen eine Verlängerung der Arbeitszeit von insgesamt 1 421 053 Stunden je Woche abgewehrt. Die abgewehrte Lohnkürzung betrug je Woche durchschnittlich 4 M für 8 922 254 Personen. Eine Verschlechterung sonstiger Arbeitsbedingungen konnte für 1 317 512 Personen verhindert werden. Bei allen diesen Bewegungen kam es in 16 091 Betrieben mit 430 077 Beteiligten zur Arbeits-einstellung. An Kosten verursachten die Bewegungen insgesamt 17,7 Millionen Mark, die Streiks und Aussperrungen allein 15,1 Millionen Mark.

Das sind nüchterne Zahlen. Sie widerlegen die bolschewistische Lüge, daß die Gewerkschaften „versagt“ hätten. Man bedenke, daß diese Erfolge in schwerster Krise unter denkbar ungünstigsten politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen durchgesetzt wurden! Man beachte ferner die fortgesetzte Initiative der Gewerkschaften in der Frage der Arbeitsbeschaffung. Was hierin bisher durchgesetzt wurde, ist allerdings unzulänglich; das gleiche trifft zu auf die neuerdings bekanntgewordenen Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung. Aber jedenfalls würde gar nichts unternehmen, wenn die Gewerkschaften nicht stets und immer wieder dazu gedrängt hätten. Und ferner wirft sich die Frage auf, was in der Frage des Lohnbaues und der sonstigen Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis vom Unternehmertum durchgesetzt worden wäre, wenn wir keine Gewerkschaften hätten! Gerade die Krise erweist, daß in solchen Zeiten die Gewerkschaften eine unumgängliche Notwendigkeit darstellen! Um so bedauerlicher aber ist es, wenn viele Volksgenossen in solchen Krisenzeiten mutlos die Flinte ins Korn werfen und sich abseits der großen Bewegung stellen. Ihnen muß immer wieder zugerufen werden, daß es gilt, trotz allen Elends jede Lauheit und Gleichgültigkeit zu unterlassen und mit fester Überzeugungskraft und unerschütterlichem Kampfeswillen zur Gewerkschaft zu stehen! Sagt ihnen das immer wieder! Trotz aller gemeinen Anwürfe und Anfeindungen suchen unsere Gewerkschaften auch in diesen Notzeiten in jeder Weise, soweit es ihnen ihre Kräfte gestatten, das traurige Los der Arbeiterschaft zu lindern. Darum steht zur Gewerkschaft und werbt für sie! Steht trotz aller Verleumdungen und Unterschleichen zu dem einzigen wirtschaftlichen Rückhalt den ihr habt! Laßt euch den gesunden Sinn nicht verwirren, weil Treue gegenüber der Gewerkschaft; in um so leichter Weise werdet ihr diese Krisenzeiten überstehen!

Unterstützungspolitische Querschnitt von 1928 bis 1932 (Periode von Müller-Franken bis Papen)

Im Laufe der letzten vier Jahre hat sich das Schicksal der Arbeitslosen ständig verschlechtert. Mit der Zuspitzung der Krise und dem Wachstum der Zahl der Arbeitslosen (obere Kurve des Diagramms) veränderte sich das politische Kraftverhältnis im Reiche zuungunsten der Arbeiter und Angestellten und diese Veränderung äußerte sich im Abbau der Sozialversicherung. Die Zahl der Hauptunterstützten in der Alu (schwarze Stäbchen) ging anstatt mit der wachsenden Not zu steigen, zurück; die Zunahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Kru (weiße Stäbchen) hielt nicht Schritt mit der emporenden Kurve der Arbeitslosigkeit, immer größer wurde der Teil des Arbeitslosenheeres, der auf die Wohlfahrtsunterstützten (fette senkrechte Linien) und Nichtunterstützten (dünne Linie oben) entfällt. Aber auch die Lage der Arbeitslosen in jeder dieser fünf Gruppen ist in den letzten Jahren nicht unverändert geblieben. Mit der Verschärfung der Krise ergriff der Staat Sparmaßnahmen. Für die Regierung des Reiches war es um so mehr eine Selbstverständlichkeit, daß an erster Stelle bei den Ärmsten der Armen, bei den Arbeitslosen, gespart werden mußte, je weiter die Reichsregierung rechts stand.

Der Kürzung der Unterstützungssätze in den einzelnen Lohnklassen in die unteren Zwangsläufige Folge des Lohnabbaues! Ein Arbeiter, der im Jahre 1930 im Durchschnitt 48 M in der Woche verdient hat, erhielt 1932 — so lange er beschäftigt war — kaum mehr als 36 M (am häufigsten noch weniger). Im Falle der Arbeitslosigkeit hatte er im Jahre 1930 von der Arbeitslosenversicherung eine wöchentliche Hauptunterstützung von 15,75 M mit einem Familienzuschlag von 2,25 M je weiteres Familienmitglied bezogen. Seit August 1932 kann er (beim Wochenverdienst von 36 M) nur eine Hauptunterstützung von 6,00 bis 8,40 M (je nach der Ortsklasse) beanspruchen, während sein Familienzuschlag zwischen 1,50 M bis 1,80 M je Familienmitglied schwankt. Die Unterstützungssätze in der Alu sind also tatsächlich etwa auf die Hälfte gekürzt worden, und es ist nur die Minderheit der Arbeitslosen (etwa 9%), die die Unterstützung bei der Alu bezieht. Allerdings fällt nach der Juni-Notverordnung der Unterschied zwischen dieser Minderheit und den übrigen Arbeitslosen nicht mehr schwer ins Gewicht. Die Gliederung nach den Lohnklassen (d. h. nach der Höhe der Beiträge, die der Versicherte an die Arbeitslosenversicherung gezahlt hat) wird nur für die ersten sechs Wochen der Unterstützung zugunsten der Arbeitslosen berücksichtigt. Dann tritt die Bedürftigkeitsprüfung in Kraft und der Arbeitslose, obwohl er seine Unterstützung weitere 14 Wochen von der Alu bezieht, wird im besten Falle den Wohlfahrtsverworsenen gleichgestellt. Die Wohlfahrtsverworsenen bildeten bisher die niedrigste Schicht der unterstützten Arbeitslosen. Die jüngsten Notverordnungen haben auch in dieser Hinsicht eine neue Lage geschaffen. In diesem Winter werden die Hauptunterstützungsempfänger in der Kru und etwa 70% der Arbeitslosen in der Alu im besten Falle auf dieselbe Weise behandelt wie die Wohlfahrtsverworsenen! Die Unterstützungssätze der letzteren sind in den einzelnen Gemeinden sehr verschieden. Im großen und ganzen aber waren sie bisher nicht höher als die unteren Sätze der Arbeitslosenversicherung. Dies Verhältnis hat sich wahrscheinlich nicht stark geändert. Es ist daher anzunehmen, daß im Durchschnitt alleinstehende Wohlfahrtsverworsene in den meisten Gemeinden nicht mehr als etwa 5 bis 6 M in der Woche, oder 70 bis 95 % je Tag erhalten. Wie ein Mensch damit leben kann, ist seine Sorge. Die Regierung mit ihrer grundsätzlichen neuen Staatsführung hat sich darum nicht zu kümmern.

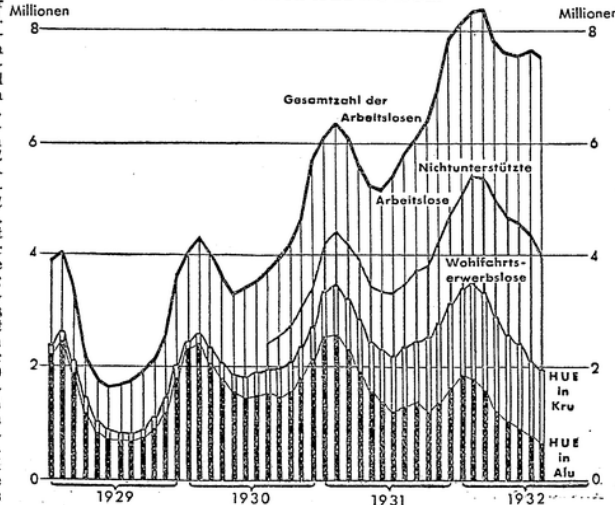
Ein großer Teil der Arbeitslosen bekommt aber überhaupt keine öffentliche Unterstützung. Die Arbeitsämter zählten Ende August im vorigen Jahre 1 202 000 nichtunterstützte Arbeitslose. Wir haben uns aber überzeugen können, daß es neben ihnen noch etwa 2,3 bis 2,4 Millionen unsichtbare Arbeitslose gibt. Ueber die Lebensbedingungen und Existenzquellen dieser Menschen wird keine Statistik geführt.

Unter den Arbeitslosen, die den Arbeitsämtern fernbleiben, sind etwa 200 000 solche, die bei den Wohlfahrtsämtern Unterstützung beziehen. Weiter ist nicht außer acht zu lassen, daß bei jeder Konjunktur eine Zahl von unsichtbaren Arbeitslosen vorhanden bleibt. Jugendliche, die noch keine Arbeit gefunden haben; Arbeiter, die ihre Stellung wechseln; halbinvaliden Personen, die sich als Arbeitslose betrachten, obwohl sie für den Arbeitsmarkt nicht mehr in Betracht kommen u. a. m. Diese unsichtbare Arbeitslosigkeit, die von keinem Wirtschaftsaufschwung aufgesaugt wird, läßt sich etwa auf 400 000 bis 500 000 abschätzen. — Der Gesamtzahl der nichtunterstützten Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern und außerhalb der letzteren (rund 3,6 Millionen) sind also abzugehen: die wegen Wartezeit oder Sperrfrist Nichtunterstützten in Höhe von 200 000 Arbeitslosen, die bei den Arbeitsämtern nicht gezählten Wohlfahrtsverworsenen mit 200 000 und die unsichtbare Arbeitslosigkeit mit 400 000 bis 500 000 Personen, so daß sich eine Gesamtzahl von 800 000 bis 900 000 aus öffentlichen Mitteln nicht unterstützten

Arbeitslosen ergibt — Es bleiben immer noch 2,7 bis 2,8 Millionen Menschen übrig. Wovon leben sie?

Die meisten von ihnen werden zweifellos von ihren Familienangehörigen unterstützt. Die Berufszählung vom Jahre 1925 hat gezeigt, daß die Zahl der Arbeiterhaushaltungen in Deutschland viel kleiner ist als die Zahl der Arbeiter. In den meisten Arbeiterhaushaltungen gibt es neben dem Familienvorstand wenigstens noch ein mitverdienendes Familienglied. Unter den 19,3 Millionen von der Zählung registrierten Arbeitern und Angestellten gab es nicht weniger als 7,5 Millionen solcher, die im Familienhaushalt ihrer Eltern, Geschwister oder des Ehemannes lebten. Seither ist der Prozentsatz der mitverdienenden Arbeiter zurückgegangen. Aber rund 30% der Arbeitslosen, d. h. etwa 2,3 Millionen, können noch immer in der Familie den Rückhalt finden. Hier ist das umfangreiche Gebiet der Streckung des Elends, die allein die Existenz der verborgenen Arbeitslosigkeit zu erklären vermag. Nach dieser Berechnung sollten „nur“ etwa 400 000 bis 500 000

Die Arbeitslosen nach der Art ihrer Unterstützung in den Jahren 1928 bis 1932.



Arbeitslose ohne jede Unterstützung und Hilfe dem Hunger und Untergang ausgeliefert sein.

Hier liegt eine der größten und nächsten sozialen Aufgaben! Hier müssen Staat und Regierung eingreifen, indem sie entschlossen und bewußt sozialpolitisch den Weg zurückgehen. Zurück zunächst in den Stand zu Zeiten Hermann Müllers. Das heißt: Vorwärts!

Arbeitsamt bestätigt Überteuuerung durch Freiwilligen Arbeitsdienst

Im Lebatäl bei Gans, Kreis Lauenburg in Pommern wurden im Wege des Freiwilligen Arbeitsdienstes Bodenverbesserungsarbeiten ausgeführt, bei denen zeitweilig 75 Arbeitsdienstwillige beschäftigt waren. Der Träger der Arbeit beklagte sich über zu geringe Leistungen, weshalb Ing. Kurt Haase, Stolp, beauftragt wurde, ein Gutachten über die Arbeitsleistung abzugeben. Dies Gutachten wurde in der „Deutschen Tiefbau-Zeitung“ Nr. 50 vom 10. Dezember 1932 mitgeteilt. Wir entnehmen dem Gutachten die wesentlichen Feststellungen.

Der Gutachter stellt fest, daß nach den Aufzeichnungen des Schachtmeisters, dem die technische Durchführung der Arbeiten obliegt, die Leistungen der Arbeitsdienstwilligen in den ersten zwei bis drei Wochen sehr schlecht gewesen seien. Bei dem Ausbau des Belgarer Mühlbaches wurden im Durchschnitt rund 1,25 cbm. Boden je Arbeitsdienstwilligen und Tag bewegt. Der Boden besteht aus Sand und Schlick und zum Teil aus Moorboden. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse seien die Leistungen der Arbeitsdienstwilligen als äußerst gering anzusprechen. Die Normleistung eines Tiefbauarbeiters würde bei diesen Arbeiten — so schreibt der Gutachter — 6,0 cbm. je Tag betragen. Die Leistung der Arbeitsdienstwilligen betrug also in den ersten zwei bis drei Wochen nur rund 21% der Normleistung! Bei der Nachprüfung der Arbeitsleistungen bei den Vorführarbeiten kam dann der Gutachter im einzelnen zu folgenden Feststellungen: Bei Graben I, der in einer Tiefe von 1,20 m bis 1,40 m ausgehoben wurde, bei dem es sich um Moorboden ohne Rodungsarbeiten handelte, betrug die Leistungen der Arbeitswilligen je Tagewerk 4,40 cbm. Die Normleistung eines Tiefbauarbeiters betrug 7,5 cbm. Mithin brachten es die Arbeitsdienstwilligen zu einer Leistung, die nur 58,6% der Normleistung eines Tiefbauarbeiters entspricht. Bei Graben II, Tiefe 1,35 m, unter gleichen Bodenverhältnissen, nur mit dem Unterschied, daß hier der Boden einseitig aufgeworfen wurde, betrug die Leistung eines Arbeitsdienstwilligen je Tagewerk 3 cbm. Die Normleistung eines Tiefbauarbeiters würde in diesem Falle 7 cbm betragen. Der Arbeitsdienstwillige erreichte also 42,8% der Normleistung

**Kein Betrieb ohne Betriebsvertretung!
Keine Baustelle ohne Baudelegierte!**

eines Tiefbauarbeiters. Bei Graben III, der unter gleichen Bodenverhältnissen wie bei Graben II, in einer Tiefe von 1,40 bis 2 m auszuwerfen war, betrug die Leistung des Arbeitsdienstwilligen je Tagewerk 4,1 cbm. Die Normleistung eines Tiefbauarbeiters würde 7 cbm betragen. Die Arbeitsdienstwilligen erreichten somit eine Leistung von 58,5% der Normleistung.

Bei einem Stützgraben, wo Moorboden auszuwerfen und keine Rodungsarbeiten vorzunehmen waren, ergaben die Feststellungen eine Leistung der Arbeitsdienstwilligen je Mann und Tagewerk von 4 cbm. Bei diesen Arbeiten würde die Normleistung des Tiefbauarbeiters 9 cbm betragen. Der Arbeitsdienstwillige erreichte somit 44% der Normleistung. Beim Faschinenbinden erreichten je zwei Arbeitsdienstwillige eine Leistung von je 60 laufende Meter, also je Tagewerk 30 laufende Meter. Die Normleistung eines Tiefbauarbeiters beträgt etwa 60 laufende Meter. Ein Tiefbauarbeiter vollbringt also die Leistung von zwei Arbeitsdienstwilligen; mithin erreichte der einzelne Arbeitsdienstwillige lediglich die Hälfte der Normleistung eines Tiefbauarbeiters. Dabei ist noch festzustellen, daß sich die angegebene Tagewerke sowohl bei den Arbeitsdienstwilligen als auch bei den Tiefbauarbeitern zu 6 Stunden je Tagewerk verstehen. Selbst nach Einarbeitung der Arbeitsdienstwilligen konnten diese nur eine Arbeitsleistung von 50 bis 60% der Normleistung erreichen. Bei der Beurteilung der Leistung der Arbeitsdienstwilligen ist noch zu berücksichtigen, daß die Arbeitsdienstwilligen den verschiedensten Berufen entstammten, in der Hauptsache solchen, die körperliche Arbeiten nicht verrichten. Unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse — sagt der Gutachter — können die Arbeitsleistungen als ausreichend angesprochen werden.

Wie steht es nun mit der wirtschaftlichen Seite, mit der Rentabilität der Arbeiten, mit den Kosten der Arbeiten? Auch diese Frage hat der Gutachter untersucht. An Hand von Original-Lohnlisten verglich er die Leistungen von Notstandsarbeitern auf der Baustelle der Bodenverbesserungsgenossenschaft K.L. und G.-Garde, wo ungefähr die gleichen Verhältnisse wie bei der „Maßnahme“ in Gans vorliegen. Auch hier fällt ein Vergleich durchaus zuungunsten des Arbeitsdienstes aus. Bei den Bodenverbesserungsarbeiten der genannten Genossenschaft forderten drei Unternehmer für 1 cbm Moor- und Sandbodenaushaben, der seitlich bis auf 8 m Entfernung einzuplanieren war, bei einem Tariflohn von 44 % für je eine Tiefbauarbeiterstunde 46, 58 und 62 % . Der Zuschlag wurde der Firma erteilt, die 58 % forderte. Um einen Vergleich mit den Arbeiten in Gans ziehen zu können, brachte der Gutachter die Kosten für das Planieren in Abzug. Danach verblieb für das Ausheben des Bodens ein Preis von 46 % je Stunde. Nach den Lohnlisten betragen nun die Leistungen der Notstandsarbeiter bei den gleichen Bodenverhältnissen wie in Gans, also Moor- und Sandboden ohne Rodungsarbeiten, je Tagewerk 9,5 cbm. Eine Vergleichsrechnung darüber, was den Träger die Arbeit im Freiwilligen Arbeitsdienst und bei Notstandsarbeiten kostete, ergab eine Durchschnittsleistung der Arbeitsdienstwilligen bei den vier genannten Grabenarbeiten von 3,90 cbm. je Tagewerk und Mann. Bei der Berechnung dieser Durchschnittsleistung wurde die ungewöhnlich niedrige Leistung der ersten zwei bis drei Wochen nicht berücksichtigt. Die Leistung der Notstandsarbeiter je Tagewerk betrug aber 9,5 cbm. Die Arbeitsfreiwilligen haben demnach nicht einmal — selbst bei günstigster Berechnung — die Hälfte der Leistung der Notstandsarbeiter erreicht. Die Kosten für ein Arbeitsdienstwilligen-Tagewerk betragen einschließlich der Kosten für Einrichtung des Lagers, der Gestaltung des Schachtmeisters und der Facharbeiter, der technischen Oberleitung sowie der erforderlichen Arbeiten im Lager im Durchschnitt 2,70 M. Von diesem Betrag wurden 2 M als Förderungssatz erstattet, so daß der Träger der Arbeit noch 70 % aufzubringen hat. 1 cbm Moorboden auswerfen kostete demnach dem Träger der Arbeit im Freiwilligen Arbeitsdienst 18 % . Bei Notstandsarbeit zahlt der Träger der Maßnahme im vorliegenden Falle dem Unternehmer für 9,5 cbm 46 % = 4,37 M. Der Träger bekam als Grundförderung 3 M. So kostet 1 cbm Moor- und Sandbodenaushaben dem Träger der Maßnahme bei Notstandsarbeit 14,5 % gegenüber 18 % im Freiwilligen Arbeitsdienst! Die Ausführung der Arbeit im Freiwilligen Arbeitsdienst ist also um 24 % teurer als bei Notstandsarbeit, trotzdem bei Notstandsarbeit noch Beiträge zur Sozialversicherung abgeführt, Umsatz-, Einkommen-, Gewerbe- und Lohnsteuer gezahlt wurden.

Bei der Feststellung der Kosten, die die öffentliche Hand bei vorstehenden „Maßnahmen“ aufzubringen hat, ergibt sich für die Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst ein Betrag von 51 % je cbm, für die Arbeiten — ausgeführt in Form von Notstandsarbeiten — wegen der weitaus höheren Leistung, ein Kostensatz von 31,5 % je cbm. Die gleiche Menge ausgeführter Arbeiten kostet also der öffentlichen Hand bei Arbeiten im Arbeitsdienst 62 % mehr als bei Notstandsarbeiten! Hinzu kommt noch, daß bei Notstandsarbeiten Arbeitslose beschäftigt werden, die Anspruch auf Unterstützung haben, also bei Ausführung von Notstandsarbeiten Unterstützung gespart wird, was zu berücksichtigen nicht ohne Bedeutung ist.

Der Gutachter verkennt nicht den erzieherischen Wert des Freiwilligen Arbeitsdienstes; aber er glaubt doch, warnen zu müssen. Denn durch den Freiwilligen Arbeitsdienst werde die Arbeitsbeschaffung für die älteren und verheirateten Arbeiter zugunsten des Freiwilligen Arbeitsdienstes vernachlässigt. Heute sei es sogar so, daß „fast alle Arbeiten, auch Straßenaufbauten, im Freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden“. Es werde doch dahin kommen, daß in einigen Jahren die älteren Arbeiter keine Arbeit mehr erhalten können, weil der Freiwillige Arbeitsdienst alle baulichen Projekte ausgeführt habe, neue Projekte aber nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind.“

Das Gutachten ist eine Bestätigung unserer Auffassung. Es ist an der Zeit, daß bei den zuständigen Behörden und Ministern diese Auffassung mehr Beachtung als bisher findet!

Schaffender Stand gegen raffenden!

Im Obrigkeitstaat, sogar unter dem Sozialisten- gesetz, dürfte die Arbeiterschaft (wenn sie gewollt hätte) patriotische Lieder singen. Aber sie dürfte nicht singen:

„War wohl je ein Mensch so frech
Wie der Bürgermeister Tschsch,
Den er schürfte die Landesmutter.“

Durch den Rock ins Unterfutter.“
Das durften wir erst nach 1918. Aber 1930 wurde der Maulkorb wieder hervorgeholt.

Wen trifft die Schuld daran? In erster Linie den Heerhaufen der russischen Diktaturanbeter und der römischen Nachgeburt, den deutschen Faschismus. Diesen Feinden der Freiheit stehen allein die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften gegenüber.

Die Maßnahmen der autoritären Staatsführung wirken sich ganz besonders gegen die Arbeitslosen und Rentempfänger aus. Noch nie sind Hanf, Gas, Gift, Wasser, Pulver und Blei als Mittel zur Flucht aus diesem Hungerdasein so oft in Anspruch genommen worden wie in der Aera der „grundsätzlich neuen Staatsführung“. Das ist kein Wunder. Denn ein Teil der Stützen der Autoritär-Regierung sieht verdammtdenen ähnlich, die den Weltkrieg begeistert begrüßt haben. Daher ist es kein Wunder, wenn geschäftstüchtige Leute Castans Panoptikum wieder eröffnen wollen mit dem ganzen Indianerschmuck, mit Blechhüten und Schweineborsten als Raupe, mit Federn von Pfauen und Goldfasanen, mit Mützen von Raubtierpelz verbrämt, die als ganz besonderes Roheitszeichen Abbildungen von Menschenschädeln und Schenkelknochen zierten. Vor solcher Art „bürgerlicher Ordnung“ bewahre uns der Teufel!

Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben den Kampf zu führen sowohl gegen die Kommunistische Partei als auch gegen die Anbeter der Moskauer Diktatur und Henkerpolitik; sowohl gegen die Röhmlinge, die im Zeichen des Hakenkreuzes die Reaktion ermöglicht haben, als auch gegen den Interessenhehler der sogenannten Harzburger Front. Gegen all diese Feinde der Freiheit, der Wahrheit und des Rechts führt nur die Eisenerne Front den Abwehrkampf. Sie führt ihn im Zeichen der drei Pfeile, die das Kennzeichen des schaffenden Standes sind. In diesem Zeichen kämpfen wir, daß frei soll jede Arbeit werden, Ehre sein und Lust, daß froh soll atmen hier auf Erden jedes Menschen Brust!
Wilhelm Wernau, Neukölln.

Weitere Verschlechterung im FAD. auf Kosten der Jugend!

Die nicht geringe Zahl der Arbeitsdienstwilligen läßt viele glauben, es sei alles in bester Ordnung; die Kritiker hätten wieder einmal die schlechten Seiten nach außen gekehrt, ohne das Gute und Nützliche anzuerkennen. Wer jedoch aufmerksam beobachtet, wird feststellen, daß sogar aus den Kreisen von Befürwortern Stimmen laut werden, die sich mit aller Schärfe gegen die bisherige Art des Arbeitsdienstes wenden. Es sind nicht nur Unfälle oder örtlich begrenzte Mißstände, die kritisiert werden, vielmehr hat sich ganz allgemein eine Entwicklung angebahnt, die auch nach Meinung vieler Jugendführer für die Jugend untragbar werden.

Für viele Jugendliche bedeutet die Teilnahme am Arbeitsdienst nichts weiter als einen Ausweg aus der Verzweiflung der Arbeitslosigkeit. Nach der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gab es im vorigen Jahre arbeitslose Jugendliche: Im Alter bis zu 15 Jahren 10953, im Alter von 15 bis 18 Jahren 68370, im Alter von 18 bis 21 Jahren 339837 und im Alter von 21 bis 25 Jahren 617536; insgesamt also 1036693 registrierte jugendliche Arbeitslose. Hinzu kommen noch die Jugendlichen, die statistisch nicht erfaßt werden. Hierbei handelt es sich vornehmlich um den Jahrgang der Schulentlassenen, der überhaupt noch nicht im Produktionsprozeß tätig war. Daneben gibt es noch eine große Zahl weiblicher Jugendlicher, die aus ähnlichen Gründen nicht der Kontrolle der Arbeitsämter unterworfen, so daß insgesamt mit etwa 1½ Millionen arbeitsloser Jugendlichen im Alter von 15 bis 25 Jahren gerechnet werden muß. Nur auf dieser Grundlage konnte der Arbeitsdienst eine Entwicklung finden, die nach den Angaben des Reichskommisars im November 270 000 Teilnehmer erfaßt.

Parallel mit dieser Entwicklung steigerten sich aber von Monat zu Monat die Schwierigkeiten. Waren die ersten Lager noch Parade- und Ausstellungsstücke, die die „Idee“ vorwärtstragen sollten, so wurden im Laufe der Zeit die Bedingungen im FAD verschlechtert. Deshalb ist es zu verstehen, daß an vielen Arbeitsstellen berechtigter Unwille ausbrach. Auch Arbeitsniederlegungen blieben nicht aus. Der frühere Förderungssatz und das Taschengeld waren angeblich zu hoch. Der Reichskommissar ordnete an, daß den Jugendlichen nur noch ein Grundbetrag von 30 $\frac{1}{2}$ täglich gewährt werden dürfe. Begründet wird diese Maßnahme damit, es stehe zu befürchten, daß die niedrig entlohnten Arbeiter, insbesondere aus der Landwirtschaft, von ihrer wertvollen Arbeit abspargen, um im FAD, unterzukommen. Für den Jugendlichen, der sich zu früheren Bedingungen gemeldet hatte, ist die Herabsetzung des Förderungsbetrages eine unerträgliche Verschlechterung. — Neben dieser Maßnahme kam die indirekte Heraussetzung der Arbeitsstunden. Die bisher auf zwei Stunden täglich festgesetzte geistige Bildungs- und Betreuungsarbeit soll künftig vier Stunden betragen, so daß einschließlich der Arbeitsstunden eine Gesamtbeschäftigungszahl von zehn Stunden herauskommt. Auch dagegen wenden sich die Jugendlichen. Ueberdies ist es den Lagerleitern bei der verschiedenartigen Zusammensetzung der Lager schon sowieso schwierig genug gemacht, zwei Betreuungsstunden nutzbringend auszufüllen, zumal die Jugendlichen nach der schweren ungewohnten Arbeit für eine ausgedehnte Betreuungsmäßnahme nicht mehr aufnahmefähig sind.

In vielen Lagern stehen Führer an der Spitze, die sehr oft den präfigischen Feldweibel verkörpern. Auch die Führerschule des Landesarbeitsamts Nordmark,

die vor einigen Wochen in Ricklingen tagte, war vom militärischen Geist beseelt. Wie weit die Dinge schon gediehen sind, zeigt der „Gestellungsbefehl“ eines Fürsorgezweckverbandes, der die Jugendlichen „einberief“ und sie aufforderte, „sich in Marsch zu setzen“. Der Arbeitsdienst steht an einem Wendepunkt. Die Jugendlichen können weitere Verschlechterungen nicht mehr ertragen. Die Flucht aus den Arbeitslagern wird einsetzen, wenn noch weitere Verschlechterungen und Kürzung der Förderungssätze durchgeführt werden. Die Lagerleiter als die Praktiker haben oft genug ihre mahnende Stimme erhoben, aber am grünen Tisch weiß man es besser. Wie wir nicht bereit sind, dem militärischen Wunschbild einer Arbeitsdienstpflicht Vorschub zu leisten, um so weniger werden die Arbeitsdienstler bereit sein, weitere Verschlechterungen hinzunehmen.

Lüner
von uns

Du wirst dich nicht beschämen lassen!
Deine selbstverständliche Pflicht: Eine Spende für die Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe

Einzahlungen sind zu richten an das Postcheckkonto Nr. 141 528 Berlin der „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G.“ Berlin, Depostenkasse 3 für Konto Nr. 632 („Gefangenen- und Verwundeten-Hilfe“) oder an die öffentlichen Sammelstellen der Arbeiter-Wohlfahrt.

Eigennutz oder Gemeinnutz?

Es gab eine Zeit, in der auch Unternehmer gegen den freiwilligen Arbeitsdienst Abwehrkämpfe führten und dies sogar volkswirtschaftlich richtig begründeten. Aus dieser Abwehr wurde aber sehr bald ein Kampf für ein Einschalten in dieses Arbeitssystem. Nachdem am 15. Oktober v. J. die Beteiligung privater Unternehmer an Arbeiten des FAD. gesetzlich anerkannt wurde, ist es unerlässlich, sich genau die Gründe anzusehen, mit denen die Unternehmerpresse diesen Kampf führt.

Ein aufschlussreiches Beispiel hierfür brachte die Nummer 46/32 der „Deutschen Tiefbauzeitung“. In einem Artikel „Kosten des FAD.“ wird hier zunächst noch einmal die von uns schon so oft bewiesene Tatsache erörtert, daß Arbeitsausführungen im FAD. weit teurer sind als im freien Arbeitsverhältnis. Die Beweisführung ist hieb- und stichfest; die Schlussfolgerungen aber sind so unlogisch und widerspruchsvoll, daß man förmlich die Interessen spürt, die diese Schlussfolgerungen diktieren. Wenn man drei Seiten lang nachweist, der FAD. könne weder wirtschaftlich noch pädagogisch einen Vergleich mit dem freien Arbeitsverhältnis aushalten, dann kann doch der logische Schluss nur lauten: Fort mit diesem wirtschaftlich und pädagogisch unbefriedigenden Arbeitssystem. Die „Deutsche Tiefbauzeitung“ aber findet plötzlich, der FAD. sei trotzdem zu bejahen, nämlich dann, wenn private Unternehmer eingeschaltet würden. Diese Einschaltung dürfe aber nicht gegen eine Pauschalentschädigung (für Gerätestellung und bauleitende Tätigkeit) geschehen, sondern müsse dem Unternehmer wirkliche Gewinnchancen bieten. In diesem Fall nämlich würden die Unternehmer für eine weitgehende Steigerung der Leistungen der Arbeitsdienstwilligen sorgen und so das Arbeitsprodukt trotz unternehmerlichen Gewinns willig sein. Wir überlassen es unseren Kollegen, diese Unternehmerfunktionen im FAD. wirtschaftlich und moralisch zu werten und begnügen uns damit, den Widersinn ihrer Begründung aufzuzeigen. Die Gewinnchancen für die Unternehmer im FAD. werden in dem erwähnten Artikel mit der drohenden Feststellung gefordert, bei einer Pauschalentschädigung würden die Unternehmer ihre Erfahrungen und Talente nicht restlos einsetzen. Von dem ungeliebten Arbeitsdienstwilligen aber wird anscheinend angenommen, daß ihm neben dem Taschengeld schon allein die „nationale Tatgenüge“ die Existenzberechtigung privater Unternehmer im FAD. nachweisen zu dürfen, um aus sich die Höchstleistungen herauspressen zu lassen. Ist das nun kindlicher Glaube oder Politik nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel, oder Eigennutz geht vor Gemeinnutz?!

Von den Bauarbeitern Rumäniens

Der Landesverband der Bauarbeiter Rumäniens tagte am 18. und 19. Dezember 1932 in Klausenburg. Der Verband selbst erstreckt sich in der Hauptsache auf das ungarische Sprachgebiet. Nicht einmal

in der Hauptstadt des Landes, in Bukarest, hat er eine Zweigstelle. Der Verbandstag nahm den Rechenschaftsbericht der letzten drei Jahre entgegen, befaßte sich mit der Wirtschaftsnot, insbesondere mit der des Baugewerbes, änderte das Verbandsstatut in Liniestützungs- und Beitragsfragen und beschloß eine Reihe Anträge, die für die künftige Organisationsarbeit richtunggebend sein sollen.

Im Verbandsgebiet, hauptsächlich im ungarischen Sprachgebiet, bestehen einige Tarifverträge in den Orten, in denen die Organisation ausgebaut ist. Das Arbeitsrecht steht zumeist auf dem Papier. In der Theorie hat Rumänien auch Arbeiterschutz, Achtstundentag und sonstige Arbeitsrechte. Da aber starke Organisationen ihre Durchführung nicht verbürgen, kommen sie praktisch nicht zur Geltung. Der Verband kämpft für die Schaffung von Kollektivverträgen, für die Gewinnung der jugendlichen Arbeiter, für die Einsetzung eines Vertrauensmännersystems auf den Bauplätzen und wendet sich sehr scharf gegen die Verdrängung der Facharbeiter durch Lehrlinge, gegen Akkordarbeit und das daraus resultierende wild ausartende Partieführersystem. Interessant ist, daß die Zentralleitung beim Verbandstag einen Antrag einbrachte auf Organisation von Winter-Fachkursen durch die einzelnen Ortsgruppen und die Bildung von Seminaren zwecks Erziehung der Bauarbeiter im sozialistischen Geiste.

Die Arbeitszeit ist sehr unregelmäßig. Es wird bis zu 11 und 12 Stunden täglich gearbeitet; noch ungleichlicher ist der Lohn, der zwischen 4 $\frac{1}{2}$ und 28 Lei schwankt, das heißt zwischen 10 und 70 Pfennigen (1 Lei = 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$). Wer den Höchstlohn haben will — so wurde mir gesagt — ist ein Künstler seines Faches. Dieser Lohn wird gezahlt in Klausenburg, wo er am höchsten ist. In Bukarest soll der Lohn etwa 12 bis 14 Lei betragen.

Auch die rumänischen Bauarbeiter leiden unter großer Arbeitslosigkeit; zum Teil wird sie erzeugt durch überstarke Lehrjahrsbildung. Dadurch sollen allein etwa 35 % Facharbeiter überflüssig sein. Die Not zwingt Rumänien Maurer und Zimmerer vielfach, sich außerhalb des Landes Beschäftigung zu suchen. Die Gesamtgewerkschaften in Rumänien zählen rund 18 000 Mitglieder, der Bauarbeiterverband etwa den fünfzehnten Teil. Die stärkste Gewerkschaft im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten haben die Buchdrucker und die Metallarbeiter.

In Rumänien haben die politischen Kämpfe auch in den Gewerkschaften ihren Niederschlag gefunden. Die meisten Mitglieder des Bauarbeiterverbandes sind Sozialdemokraten. Ein geringer Rest ist entweder politisch indifferent oder sympathisiert mit den Kommunisten, die allerdings nur illegal bestehen in einem sogenannten „Block des arbeitenden Volkes“. Die Sozialdemokratie hat als Folge eines miserablen Wahlergebnisses, das auf die Regierungspartei zugeschnitten ist, im Parlament nur sieben Abgeordnete, ist jedoch in den Gemeinden stärker vertreten; sie besitzt dort zurzeit 222 Räte. Wie sehr die Regierungspartei ihre Herrschaft durch die Wahlordnung zu halten versucht, beweist die Bestimmung im Wahlgesetz, wonach eine Partei, die mehr als 40 % der Stimmen aufweist (die Regierungspartei hat bei den letzten Wahlen 40,3 % aller Stimmen erhalten), zu ihren nach der Stimmenzahl zuzustehenden Abgeordneten 50 % der Abgeordneten überhaupt als Gratisgabe zugesprochen erhält.

Die Leitung des Verbandes wurde wiedergewählt. Wir dürfen erwarten, daß sie sich wie in der Vergangenheit auch fernerhin in der Richtung bemüht, daß der weitestvorgesobene Posten der Bauarbeiter-Internationale in Südosteuropa nicht nur standhält, sondern den Gedanken der Solidarität der Bauarbeiter aller Länder weiter nach dem Osten zu über das ganze rumänische Staatsgebiet und die angrenzenden Länder ausbreitet!
N. S.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind wegen untertariflicher Lohnzahlung in Norden die Arbeiter der Firma Wiebersick, in Wilster das Baugeschäft Johannes Sievers, in Otterndorf die Bauarbeiten des Unternehmers Schütt aus Otterndorf beim Landwirt Ramm.

Töpfer: Gesperrt ist in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Berlin-Oberschöneeweide die Firma Witt und in Liegnitz das Ofengeschäft Hermann.

AUS DER SOZIALGESETZGEBUNG

Durch Anbringung von Wagnern wie „Achtung, Schlaglöcher!“ wird der Wegeunterhaltungspflichtige von seiner Haftung befreit.

Ein Mann war in die Vertiefung einer Provinzialstraße gestürzt und hatte sich dabei dermaßen verletzt, daß ihm das rechte Bein bis zum Oberschenkel amputiert werden mußte. Der beklagte Provinzialverband gab zu seiner Entlastung an, er habe Warnungstafeln angebracht mit der Aufschrift „Achtung, Schlaglöcher!“, das müsse genügen. Der Provinzialverband wurde jedoch auch im Berufungsverfahren jedesmal verurteilt. Das Reichsgericht kam zu folgenden Entscheidungsgründen: „Der Sturz ist allein auf zwei Löcher zurückzuführen, die sich am Straßeneingange befanden. Tatsache ist, daß sich die Unglücksstraße seit drei bis vier Jahren einem schlechten Zustande befand und zahlreiche Vertiefungen und Mulden aufwies. Dieser Zustand, der dem verfassungsmäßig berufenen Vertreter des Beklagten nicht entgangen sein kann, macht ihm das RG. zum Vorwurf. Der Zusammenhang der Beinabnahme mit dem Unfall ist selbst dann gegeben, wenn bei der Grundbehandlung der bekannte Kunstfehler begangen sein sollte. Wenn es den Beklagten für den ungewöhnlich schlechten und verkehrgefährdenden Zustand der Straße verantwortlich macht, so enthält dies keine Ueberspannung des Begriffs der für den Verkehr erforderlichen Sorgfalt.“

Werbe- und Bildungsarbeit

Baugewerkschaft Amberg. Nach dem Grundsatz „Wissen ist Macht“ benutzen auch wir die uns aufgezogene Freizeit dazu, unser Wissen zu fördern. In unsern Versammlungen lassen wir stets einen Vortrag über ein besonders aktuelles Thema halten. Daneben besteht eine vom Ortsausschuß und der SPD. gebildete Arbeitsgemeinschaft. Sie wird in einem Heim abgehalten, dessen Unterhaltungskosten von den beteiligten Organisationen anteilmäßig getragen werden. Die Besucher sind demnach jedes Verzehrungszwanges entbunden. Allwöchentlich Dienstag wird hier ein Vortrag gehalten; die Besucherzahl bewegt sich zwischen 70 und 80 Personen. Außerdem hält in diesem Heim unsere Baugewerkschaft für Spezialgebiete unserer Berufe eine Vortragsabende ab. Am 13. Dezember sprach in dieser Arbeitsgemeinschaft, zu der auch Mitglieder anderer Verbände eingeladen waren, unser Bezirksleiter Kollege Seidel über „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften“. Alle Redner waren mit den Ausführungen, wobei er auch den Freiwilligen Arbeitsdienst kritisierte, einverstanden. Nur ein Kollege vom Metallarbeiterverband glaubte, an den Ausführungen Seidels, soweit sie den freiwilligen Arbeitsdienst betrafen, manches bekritteln zu müssen. Der Kollege sollte beachten, was in dieser Richtung in Amberg um uns vorgeht. Ein Führerkursus des FAD. war hier bereits, ein zweiter soll im Januar steigen. Die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer waren Stahlhelfer, von denen sich mancher in Form früherer Rekrutenschinder eine Existenz schaffen möchte. Unsere Kollegen sind von diesem FAD. ausserückt, weil der dort ausgeübte militaristische Drill nicht ihrer Überzeugung entspricht. Man führt hier trotz unseres Einspruchs regelrechte Strafenbauten aus, während andere Arbeitsmöglichkeiten „großmütig“ den Notstandarbeitern überlassen bleiben, die dann 2 Stunden hin und 2 Stunden zurück laufen müssen und infolge der niedrigen Ortsklasse, in die jenes Gebiet fällt, weniger als ihre Unterstützung verdienen. Kollege Seidel rückte denn auch den Kollegen vom Metallarbeiterverband zurecht; auch öffnete er manchem andern die Augen über die Gefahren, die der FAD. für die gesamte Arbeiterschaft in sich birgt. Wir werden auch weiterhin nicht erlahmen in unserer Werbe- und Bildungsarbeit und versprechen uns davon guten Erfolg.

Baugewerkschaft Coburg. Auch hier besteht eine Arbeitsgemeinschaft, die allwöchentlich zusammentritt. In ihr arbeiten auch frühere Kursteilnehmer des Bundes mit.

Baugewerkschaft Nürnberg. Unserer Einladung, eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, sind erfreulicherweise die meisten eingeladenen Kollegen gefolgt. Es

besteht die Hoffnung, daß die Teilnehmer ausharren und Ersparnisse für den Bund leisten werden.

„Geschichte des Arbeitsrechts.“ Die neue Bildreihe behandelt die geschichtliche Entwicklung des Arbeitsrechts. Nach einem kurzen Einblick in die alt-germanische Rechtsauffassung geben die Bilder eine ausführliche Darstellung über den Werdegang des Sachenrechts, das ja bekanntlich römischen Ursprungs ist. Alsdann folgt eine Darlegung des Rechts zur Zeit der Zünfte. Bei der bildlichen Darstellung ist Wert darauf gelegt worden, die soziologischen Hintergründe der Rechtsentwicklung aufzuzeigen. Die für die Arbeiterschaft wichtigsten Gesetze der letzten 50 bis 60 Jahre sind ausführlicher behandelt. Es seien genannt: Die Gewerbeordnung von 1869, die Schaffung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung in den Jahren 1883 bis 1889, das Bürgerliche Gesetzbuch von 1896, das Handelsgesetzbuch von 1897, das Hilfsdienstgesetz von



1917 — das den ersten Schlichtungsausschuß mit einem Offizier als Vorsitzenden brachte — ferner, der Aufruf des Rates der Volksbeauftragten, die Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern, sowie die Regelung der gewerblichen Arbeitszeit, sämtlich Ende 1918. Danach folgen: Die Reichsverfassung von 1919, das Betriebsrätegesetz von 1920, das Arbeitsgerichtsgesetz von 1926, das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von 1927 und die Verordnung über Tarifverträge von 1928. Bild und Text zeigen die Kräfte auf, die die Gesetzgebung in einem modernen Staatswesen beeinflussen.

Werbe- und Bildungsprogramm. Die auf Grund des Werbe- und Bildungsprogramms durchgeführten Veranstaltungen sind zahlenmäßig noch nicht genau feststellbar. Allgemein kann gesagt werden: Die Veranstaltungen haben Erfolg. Manche Baugewerkschaften berichten zwar von mangelhaftem Besuch und geringem Interesse der Kollegen. Ihre Zahl ist aber gering. Die meisten Baugewerkschaften können von guter Aufnahme der Lichtbildvorträge und des Ausstellungsmaterials berichten. Allgemein wird der

Wunsch geäußert, auf diesem Gebiete mehr zu tun. Schätzungsweise sind in sechs Wochen zwischen der Reichstagswahl und Weihnachten etwa 350 Lichtbilder- und Filmvorträge gehalten worden. In den folgenden Monaten wird an der weiteren Durchführung des Programms zu arbeiten sein. Wenn jetzt — durch die Generalversammlungen bedingt — einige Veranstaltungen ausfallen, so wird dafür in den späteren Monaten erhöhte Aufklärungs- und Werbetätigkeit zu entfalten sein. Für uns gelte: Vorwärts! Trotz alledem! Auch in der Werbe- und Bildungsarbeit!

Sprachliche Fortbildung. Zur Förderung unserer internationaler Verbindungen ist Kenntnis fremder Sprachen notwendig. Eine Anzahl der in unserm Heim am Werlese gewesenen Kollegen hatte Gelegenheit, mit ausländischen Kollegen zusammenzukommen. Dadurch wurden sie angeregt, eine Fremdsprache zu erlernen. Die weitaus meisten lernten Englisch und Französisch; einige auch Esperanto, Dänisch, Holländisch oder Spanisch. Für diese Kollegen sind nun durch Vermittlung der Bauarbeiter-Internationale die im Ausland erscheinenden Bauarbeiterzeitungen gesammelt worden. Sie werden in Abständen von 6 bis 8 Wochen an die fremde Sprachen erlernenden oder sprechenden Kollegen gesandt, damit sie einen Einblick in die Bruderorganisationen jenseits der Grenzen nehmen können und Gelegenheit haben, sich sprachlich zu vervollkommen. Zuerst waren die für den Versand bereitgestellten Zeitungen der Zahl nach gering. Jetzt sind es schon mehr. Daher besteht die Möglichkeit, ausländische Bauarbeiterzeitungen über den Kreis der jetzigen Bezieher hinaus zu versenden. Wer Wert darauf legt, eine ausländische Bauarbeiterzeitung zu erhalten, teile es dem Bundesvorstand mit. Erwünscht ist, wenn auf der Karte vermerkt wird, in welcher Art die Kenntnis der fremden Sprache erworben wurde (Schule, Abendkurse, Gefangenschaft) und welchen Umfang das Sprachwissen hat.

Aus den Fachgruppen

Dachdecker

Reichstarif auch für Thüringen allgemeinverbindlich. Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 30. Dezember 1932 die allgemeine Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages nebst Lohnaufstellung vom 29. Juni 1932 für Arbeiter im Dachdeckerergewerbe (vgl. RAAB. 1932 Nr. 80) mit Wirkung vom 1. Januar 1933 auf den Freistaat Thüringen und den Kreis Grafschaft Bentheim ausgedehnt. Damit sind nun auch die letzten Teile in die Allgemeinverbindlichkeit einbezogen, so daß jetzt der Reichstarifvertrag lückenlos für ganz Deutschland allgemeinverbindlich ist.

zont. Hannes suchte sich durch einen weiteren steifen Grog zu beruhigen. Seine Hirnpartien suchten das Rätsel auseinanderzupuzzeln. Unterdessen hatten aber seine Freunde die Mauersteine aus dem Kittel und das Fleisch wieder hineinpraktiziert. Und dann vergaß auch Hannes die freundliche Einladung seiner Gattin, nach Hause zu kommen.

Seine Freunde aber drangen darauf, nunmehr zu untersuchen, ob denn auch wirklich in dem Paket Mauersteine enthalten seien. Man packte aus und siehe da: Schönes schieres Fleisch leuchtete Hannes entgegen! „Wie kann denn Fru blot sagen, daß der Muerstein in sien!“, so fragten sie in aller Unschuld. Hannes blieb die Antwort schuldig. Auch er konnte dies Rätsel nicht lösen.

Wie dann im trauten Heim Hannes Empfang ausgelaufen war, hat er nie verraten. Hoffentlich hat das schiere Fleisch auf seine Gattin eine beruhigende Wirkung ausgeübt, so daß der Empfang milder gewesen sein mag, als er ursprünglich Hannes zugelaht war. Aber noch heute grübelt er nach über jenes Rätsel. Und sien Fru schwört noch heute Stein und Bein, anstatt Fleisch „Muerstein“ vor sich gehabt zu haben...

H. Bellott, Hamburg.

Der Gewerkschaftskampf um die Menschenwürde.

Wie sehr der Gewerkschaftskampf die Massen zu gesundem Selbstgefühl und zu Menschenwürde gebildet hat, das ist deutlich an einem praktischen Beispiel zu erkennen, auf das kürzlich die „Neue Erziehung“ hinwies. Es handelt sich um ein neues Kulturbedürfnis im Wohnen, das heute ganz anders als früher vorhanden ist.

In einem Aufsatz über die Lage der Arbeiter in Pommern, der vor dem Kriege erschienen ist, wurde gesagt, es sei ein Phantom, dem Arbeiter eine Wohnung zu bieten, die Wohn- und Schlafraum getrennt enthalte. Die „Leute“ wären, wie es da hieß, „mit sehr wenigem zufrieden“. „Die lange Gewöhnung“, so hieß es weiter, „hat sie so genugsam gemacht, daß viele eine besondere Schlafkammer nicht als notwendig erachteten.“

Praktisch liegen die Verhältnisse heute allerdings auch noch so, daß Massen von Menschen eine würdige Wohnung nicht gegeben ist. Aber die Menschen sind anders. Sie erkennen ein Recht auf Kultur. „Es ist heute nicht mehr so“, schreibt hierzu die „Neue Erziehung“ gelegentlich einer Behandlung der Wohnverhältnisse von heute, „daß der Arbeiter infolge der langen Gewöhnung mit solcher Wohnung zufrieden ist. Seine Organisationen haben hier schon Wandel geschaffen, indem sie aufrüttelnd gewirkt und das Selbstgefühl geweckt haben.“

Damit birgt die gewerkschaftliche Presse in sich auch eine starke ethische Kraft. Und wenn die Abhandlungen des Forschungsinstituts für internationales Pressewesen jetzt „die erzieherische Sendung der Zeitung auf dem engeren ethischen Gebiete“ vermissen, so kommt das nur für die kapitalistische Zeitung in Betracht. Die Gewerkschaftspresse dient seit Jahrzehnten bewußt dem ethischen Gedanken. Und für das, was sie erreicht hat, ist diese Feststellung der „Neuen Erziehung“ sehr lehrreich.

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Anstatt Fleisch — Muerstein . . .

Diese Geschichte ist wahr und in Hamburg passiert. Sie handelt von „Frind“ Hannes, von Grog, von Fleisch und Mauersteinen. Wie sich das zusammenreimt? Hört zu: Unser braver Hannes ist ein unentwegter Bierbankpolitiker. Tagsüber fährt er als Chauffeur für einen Großschlichter das Lastauto. In aller Ruhe und stets fleißig waltet er seines wichtigen Amtes. Aber wenn er abends seine Stammkneipe betritt, dann ist er von der Herkulostolle bis zur kleinen Zehe rettungslos der Politik verfallen. Dann schwirrt es beim steifen Hamburger Grog durcheinander von Rechtsregierung und Linksparteien, von der Mitte und den äußersten Flügeln, wobei er sich dann so in Hitze redet, daß er seine ganze Umgebung vergiftet und schließlich nur noch einen Monolog hält für Biergläser und Köhmbuddeln. Vielfach kommt es aber auch so, daß man seine oftmals vorhandene Geistesabwesenheit zu allerlei kleinen Streichen benutzt.

So war es auch an einem Sonnabendabend. Hannes hatte von seinem Chef einen feisten Sonntagbraten ohne Knochen, etwa fünf Pfund schwer, mit nach Hause bekommen. Hannes hatte das kostbare Stück Fleisch in seinem langen Schlichterkittel verstaute und das Ganze schön zu einem Paket geformt. Natürlich ging es zunächst in die Stammkneipe. Dort legte er das Paket neben sich auf die Tonbank und trank den geliebten steifen Grog. Und dann stürzte er sich wieder in die hohe Politik. Dabei war Hannes so in Eifer geraten, daß er gar nicht bemerkte, daß ihm ein anderer Gast den saftigen Fleischbrocken aus dem Kittel gemopst und dafür zwei zusammengebakene Mauersteine von einem in der Nähe befindlichen Abbruch an des Fleisches Stelle in dem Kittel verstaute hatte. Das Paket mit dem vertauschten Inhalt wurde dann Hannes unauffällig wieder an die Seite geschoben.

Die Sitzung zog sich an diesem Abend sehr in die Länge. Am nächsten Tage war ja Sonntag und da konnte unser Hannes ausschlafen. Ganz stimmte diese Rechnung nicht, er hatte sie nämlich ohne sein Ehegpons gemacht. In vorgeschrittener Nachtstunde stand sein Ehegmal plötzlich vor ihm, und zwar just in dem Moment, als Hannes glücklich alle Parteien unter einen Hut gebracht hatte. Unserm Hannes blieb zunächst die Spucke weg. Ob er überhaupt etwas sagen wollte, war nicht genau festzustellen. Böse Zungen behaupteten schon immer, zu Hause sage Hannes nur „Guten Tag!“, das andere sage dann seine Frau. Jedenfalls entquoll seinem Munde in diesem kritischen Augenblick kein Ton, während ihm seine Frau nachdrücklichst auseinanderetzte, welchen herzlichen Empfang sie ihm bei seiner Heimkehr bereiten wollte. Und dann sagte sie als praktische Hausfrau: „Dat Fleisch nehm' ick erst mit, aber kumm blot tu Hus, denn warst du wat gewor war!“ Damit ergriß sie das Fleischpaket und knallte die Tür hinter sich zu.

Nach und nach hatte sich Hannes wieder beruhigt. Und bald ritt er wieder sein geliebtes Steckenpferd.

Jetzt löste er die politischen Parteien wieder in Links- und Rechtsparteien auf. Plötzlich aber flog die Tür auf und wie ein Wirbelwind erschien seine Alte, das „Fleischpaket“ unterm Arm, auf der Bildfläche.

Das erste war, daß sie ihrem Eheherrn dieses Paket auf den Kopf trommelte. Dann hieb sie das Paket mit gleicher Gewalt auf die Tonbank, daß alle Schnapps- und Biergläser Polka tanzten.

„Wa, dat schall Fleisch sien, Muerstein sind dat!“, so grölte die Alte ihrem Ehegmal ins Gesicht und verschwand. Jedoch an der Tür reckte sie ihrem Eheherrn noch drohend die Faust entgegen und versicherte ihm in herzlichstem Tone: „Kumm du no Hus!“

Unserm Hannes war zum zweitenmal die Spucke weggegeben. Die überaus zarte Behandlung durch seine Ehegattin berührte ihn weniger, aber wie die „Oilsch“ behaupten konnte, sie hätte in dem Paket anstatt schieren Fleisches Mauersteine entdeckt, und ihm ohendrein noch eine hausbackene Beule damit in den Kopf zu schlagen, das ging denn doch über seinen Hori-

R G O.

- R**ußland befahl, und also geschah es, daß hurtig,
- U**nentwegt forsch und demütiglich apportierend
- S**poltung wurde getragen ins Lager jeder Gewerkschaft.
- S**o verlangte es Rußland, und untertänig parierte,
- L**ammfromm zugleich und grausam revolutionär,
- A**lles, was unverwandt schwor zur Bolschewistenpartei.
- N**icht nur sie, den gleichen Weg gingen auch jene,
- D**ie schon seit jeher fürchterlich grollten und schmäheten
- S**trenger Gewerkschaftspflicht, die jeden bindend verpflichtet,
- G**eschlossen, einig und solidarisch zu handeln,
- R**egelmäßig und prompt auch seinen Beitrag zu zahlen,
- O**hne den Kampf und Sieg leider nicht möglich kann sein.
- S**o fand sich vielerlei Faust und wenig Gehirn zusammen,
- S**chworzur Rußland und schwor auch zur Revolution,
- E**rwies sich vortrefflich als Spaltpilz und schnellstens entstand
- O**hne jedwedem Verzug die stets „führende“ RGO.
- C**Hronik! Verzeichre mit Ernst und ziemender Ehrfurcht dies Faktum!
- S**o etwas gab es noch nie! Hier hast du — merke! — in einem:
- E**unuchentum fremden Befehls, Verrat an der Einheit,
- N**örgelnde Narretei und revoluzelndes Tun! Taef.

Töpfer und Fliesenleger

Düsseldorf. (Nachklänge zu Fliesenlegerstreik.) Der sogenannte Syndikalist Windhoff, als Eigenbrötler und sonderbarer Heiliger bekannt, setzte bei dem letzten Streik der Fliesenleger in Düsseldorf eine Flugblätterflut gemisster Verdächtigungen und Beschimpfungen gegen unsere Bezirksleitung, gegen den Angestellten Schorge und den christlichen Angestellten Sauer in die Welt. Das ist die alte Taktik. Windhoff treibt schon seit langen Jahren in seinem sogenannten „Mitteilungsblatt“, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheint, in hanebüchen stilistischer Art seinen Verleumdungsfeldzug gegen alle andersdenkenden Leute. Leider findet er dabei noch immer sein Publikum. Sehr oft muß man zu der Annahme gelangen — wenn man dieses Blättchen liest — daß es bei dem Verfasser dieser Stilleübungen im Oberstübchen nicht mehr ganz richtig ist. Aus diesem Grunde haben wir bisher auch niemals wegen dieser fortgesetzten Verleumdungen Anzeige erstattet. Schließlich hat aber auch die Nachsicht gegen solche Menschen ihre Grenzen. Am 28. Dezember mußte Windhoff vor dem Amtsgericht in Düsseldorf seine Beweise dafür antreten, ob unsere Führer Vertreter oder dergleichen sind. Obwohl Windhoff alle Fliesenleger Düsseldorfs aufgefordert hatte, zu der Gerichtsverhandlung zu erscheinen, und obwohl er vor Gericht lange Agitationsreden hielt und eine lange Reihe von Zeugen geladen hatte, wurde er zu 500 M Geldstrafe und zur Veröffentlichung des Urteils in zwei Düsseldorfer Zeitungen verurteilt. Hoffentlich ist Windhoff dadurch ein kleiner Dämpfer aufgesetzt worden. Sollte er jedoch weiter verleunden, dann werden wir ihm von nun an jedesmal Gelegenheit geben, gerichtlich Beweise dafür anzutreten.

ein Anrecht auf Gerechtigkeit. Dieser Einsturz und auch das Urteil erweisen, daß das Leben der Bauarbeiter nur sehr gering eingeschätzt wird. Ein solches Urteil gibt den Behörden und auch den Unternehmern noch mehr als bisher die Möglichkeit, auf die Bauarbeiterschutzbestimmungen zu pfeifen. Ein Gerichts-urteil, erst nach drei Jahren und in dieser gelinden Höhe gefällt, macht die Bauarbeiterschaft, die auf dem Bau von Lebens- und Gesundheitsgefahren aller Art bedroht ist, in dieser Richtung geradezu vogelfrei. Um so mehr aber wird es unsere Pflicht sein, aus eigener Kraft dafür zu sorgen, daß Leben und Gesundheit der Bauarbeiter bei der Ausführung ihrer schweren Arbeit in jeder Weise gesichert werden!

Triebesee. (Skandalöse Sorglosigkeit einer Stadtverwaltung.) Der Magistrat von Triebesee sieht alle Arbeiten durch die Lupe der Pflichtarbeit. Mit dem wenigen Geld, das er den Wohlfahrtsunterstützungspempfängern zahlt, will er große Erdbelegungen durchführen. Am Kronsberg und am Kirchplatz werden Arbeiten durchgeführt, die als Notstandsarbeiten zu bewerten sind, wofür der Tiefbauarbeiterlohn zu zahlen wäre. Der Magistrat aber ist sehr eifrig drauf bedacht, die Arbeiten recht billig zu bekommen. Auch um den gesetzlichen Schutz kümmert er sich recht wenig. Das ist ja auch nicht notwendig. Bauten, Aborte, Verbandskasten findet man auf diese Baustellen nicht. Hauptsache ist, die Arbeit ist „gemeinnützig“. Alles andere ist dem Magistrat nebensächlich. — Wie gefährlich übrigens das Abtragen des Bodens ist, geht daraus hervor, daß er etwa 50 Meter auf Schienen abgefahren wird. 15 Meter vor der Ladestelle entfernt fällt der Boden um mindestens fünf Meter ab. Auf

diesem starken Gefälle sausen nun die vollbeladenen Loren mit einem Bremsler hinunter. Wir waren Zeuge, wie ein Fahrer noch zur rechten Zeit absprang, als sich die vollbeladene Lore überschlug. Wo bleibt hier die Aufsichtsbekör?

Würzburg. (Schutzleute geben tarif-treue Arbeiter.) Aus Anlaß einer Klage gegen die Firma Molinari wegen unlauteren Wettbewerbs entließ die Firma acht organisierte Kollegen, die jedoch schon anderntags nach längeren Auseinandersetzungen mit unserem Geschäftsführer wieder eingestellt wurden. Diese Aussprache hatte den Unternehmer so in Angst versetzt, daß er sich polizeiliche Bewachung besorgte! Aber die Anwesenheit von Schutzleuten änderte weder an unserer Forderung noch an dem Fortgang der Klage etwas, durch die zwölf Kollegen ansehnliche Beträge von 30 M bis 62 M nachgezahlt erhielten. — Was würde aus den Rechten der Bauarbeiter, wenn keine Organisation bestände! Noch etwas ist zu vermelden: Einem RGO-Mann war es vor einem eventuellen Streikbeschuß heillos Angst geworden, „weil er in diesem Falle ohne Unterstützung wäre, da seine „Organisation“ keine Zahl“. So sehen die „Klassenkämpfer“ aus! Würzburg. (Unlauterer Wettbewerb lag unserer Klage gegen die Firma Molinari zugrunde. Bereits vor der Schlichtungskommission gelang uns der Nachweis, daß die Firma trotz Abstreitens einen Teil ihrer Facharbeiter unter den Tariflohn zahlen. Ein leiser Versuch, das Arbeitsgericht für unzuständig zu erklären, mißlang. Die Firma verpflichtete sich, vom 9. Januar an bei Meidung einer Geldstrafe von 300 M den Tariflohn zu zahlen.)

Aus den Baugewerkschaften

Emden. (Kassiererjubiläum.) Als vor etwa 30 Jahren der Gewerkschaftsdenkmal in unserer Gegend Fuß faßte, war unter den davon erfallenen Kollegen auch Klaus de Wall in Aurich. Nicht nur das, unser Klaus stand seit jener Zeit auch immer in vorderster Linie. Sein bestimmtes und aufrichtiges Wesen, seine vorbildliche Gewissenhaftigkeit und seine geistigen Fähigkeiten konnten in einem kleinen



Orte wie Aurich nicht unbeachtet bleiben, und so wurden unserem Klaus bald die Kassengeschäfte übertragen. Dieses Amt hat er 25 Jahre lang treu verwaltet. Oft war nichts in der Kasse, aber wenn ein durchreisender Kollege bei dem Kassierer in Aurich vorsprach, dann war immer etwas da. Weit über die Kreise seines Heimatortes hinaus bei allen Bauarbeitern in höchster Achtung, als Maurer äußerst tüchtig, im Organisationsleben in Ostfriesland mit entscheidend, in den Kämpfen an erster Stelle, so stand er all die langen Jahre hindurch seinen Mann. Stets stand bei ihm das Wohl der Gewerkschaft und seiner Kollegen an erster Stelle. Jetzt hat ihm eine schwere Krankheit die Fahne aus der Hand genommen. Aber noch nimmt er Anteil an allem Geschehen, sein Amt hat er allerdings einem jüngeren Kollegen übergeben müssen. Wir danken unserem alten Mitstreiter für seine Tätigkeit, wünschen ihm baldige Gesundheit und einen angenehmen Lebensabend!

Gleiwitz. (Beuthener Hallenbad-Prozess.) Im Oktober 1929 stürzten die beiden Betondecken des Mittelbaues am Beuthener Hallenschwimmbad ein und begrubten 21 Bauarbeiter unter ihren Trümmern. 5 Bauarbeiter mußten dabei ihr Leben lassen, 16 kamen mit schweren, teilweise auch leichten Verletzungen davon. Wir hatten alles versucht, um die Schuldigen an diesem Unglück zu ermitteln, aber der Staatsanwalt in Beuthen brauchte drei Jahre, um die Schuldfrage überhaupt aufzurollen. Endlich begann am 12. Oktober der Prozeß. Und das Ergebnis der mehrtägigen Gerichtsverhandlung? Der Architekt Leschinsky kam mit 3000 M Geldstrafe davon, während die unserer Ansicht nach Hauptschuldigen freigesprochen wurden! Angeklagt waren Dipl.-Ing. Karl Walter, Architekt Georg Leschinsky, Polier Anton Thomalla, Architekt Willi Gemko, Bauführer Karl Naupert, Magistratsbaurat Kurt Wolf und Bauführer Johann Schindelek. Als Verteidiger fungierte Dr. Mammroth, außerdem ein ganzes Stab von Sachverständigen, unter anderem Professor Dr. Bost von der Technischen Hochschule zu Berlin, Hofrat Salinger aus Wien, Professor Dr. h. c. Spangenberg aus München, Baurat Fiebig aus Breslau, Dr.-Ing. Fieber und Stadtbaurat Ing. Wolf aus Leipzig. — Die Beweisaufnahme war den Angeklagten absolut ungünstig; jeder Laie rechnete auf ein schweres Urteil. So wurde von Zeugen bekundet, daß auf der Baustelle ein ungeheures Galoppetempo auf der Tagesordnung stand und durch die fortgesetzten Antreibereien ein solcher Einsturz geradezu herbeigeführt werden mußte. Selbst die Vertreter der Stadt Beuthen mußten zugeben, daß etwa 30 000 Steine zurückgesetzt werden mußten, weil es vollkommen unmöglich war, solche Brocken zu verarbeiten. Die Betondecke wurde vorzeitig ausgeschalt; Auch wurde einwandfrei festgestellt, daß nicht Oederkies, sondern Lehmkies aus Laband hierzu verwendet wurde. Das Mauerwerk war nach diesen Aussagen und auch nach der Urteilsbegründung zu stark beiseite, so daß das Gericht erklären mußte: „Das städtische Bauamt war sich der dadurch erhobenen Verantwortung nicht bewußt.“ Trotz alledem kam es zu dem eingangs erwähnten Urteil. Es verstößt gegen jegliches Rechtsempfinden. Wir protestieren mit allem Nachdruck gegen ein derartiges Urteil. Die Hinterbliebenen der tödlich verunglückten Bauarbeiter haben

POLITISCHE ZEITNOTIZEN

Geheimkonferenz Hitler-Papen. Im Hause des Bank- und Börsenfürsten Baron von Schröder in Köln, Mitinhaber der arischen Firmen Stein & Levy, Salomon & Oppenheim, kam der „Arbeiterführer“ Adolf Hitler mit dem Exponenten des Herrenklubs, dem früheren Reichskanzler von Papen, zusammen. Es wurden die Möglichkeiten erwogen, noch einmal den Versuch einer Kanzlerschaft Hitlers zu unternehmen. Bei den guten Beziehungen von Papen zum Reichspräsidenten hoffen die Beteiligten, daß Herr von Papen Hindenburg umstimmen könne, seine bisherigen Bedenken gegen den „böhmischen Gefreiten“ und seine Kanzlerschaft fallen zu lassen. — Als die Presse über die Geheimkonferenz berichtete, wurde in nationalsozialistischen Kreisen eine Beratung Hitlers mit Papen als „Ausbreit der Lügenjournalle“ bezeichnet. Der Nazi Graf Reventlow schrieb einen geharnischten Artikel, in dem er die Besprechung Hitler-Papen als „böswillige Erfindung“ bezeichnete, als Produkt der Gerüchte- und Klatsch-industrie, die Hochkonjunktur habe. Es sei unmöglich, daß Hitler mit Papen unterhandeln könne. Die Nationalsozialistische Partei könne nur unter der Voraussetzung mit den Kreisen um Papen zusammengehen, daß sie sich selbst untreu würde. „Es sei eine Beleidigung der nationalsozialistischen Bewegung und in erster Linie ihres Führers Adolf Hitler, diesem Verhandlungen mit Papen oder auch nur die Absicht dazu zuzutragen.“ Wenige Stunden später wurde die Selbst-aufgabe der NSDAP, und die Beleidigung Hitlers von keinem geringeren als Adolf Hitler selbst gemeinschaftlich mit Papen bestätigt. Papen und Hitler geben nämlich ein von beiden gegengezeichnetes Dokument heraus, in dem sie „unrichtigen Kombinationen“ über ihr Zusammentreffen entgegneten wollten. Die Besprechung habe sich ausschließlich mit den „Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront“ befaßt. Insbesondere seien die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskabinett im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden. — Wir ergänzen: Der Veranlasser der Unterredung Hitler-Papen ist nach dem „Jungdeutschen“ die rheinisch-westfälische Industriegruppe um den Stahlverein. Aus diesem Kreise hatte sich in der Weihnachtswoche ein Justizrat nach Berteschgaden zu Adolf Hitler begeben, um die Besprechung vorzubereiten. Das Ziel des Stahlvereins ist, eine Regierung Papen-Hitler zu errichten, nachdem man Schleicher und sein Kabinett gestürzt hat. Deshalb ging Hitler nach Köln, kühnhandelnd mit den Großindustriellen, mit dem raffenden Kapital, mit den Bank- und Börsenfürsten, während seine SA-Leute in den Straßen der großen Städte die von diesen Herren ruinierten Kleinbürger um eine milde Gabe anbetteln. Das ist die Partei Adolf Hitlers!

Wieder Reichstagswahlen? In einer umfangreichen Neujahrsbotschaft hat Hitler seine Weigerung, die NSDAP, an der Regierung zu beteiligen, mehrmals zum Ausdruck gebracht. (Trotzdem verhandelt Hitler oder läßt feste um Regierungsbeteiligung verhandeln.) Sollte eine Verständigung mit Schleicher unmöglich sein, dürfte im Fall eines Mißtrauensvotums im Reichstag mit seiner erneuten Auflösung zu rechnen sein. — Das Sich-Drücken des „Führers“ vor verantwortlicher Arbeit ist nichts anderes als der Ausdrück bodenloser Feigheit vor der Verantwortung. Anlässlich der letzten Verhandlungen um Regierungsbeteiligung lief der große Adolf völlig geschlagen herum und lebte erst wieder auf, als die Gefahr, ein verantwortungsvolles Amt übernehmen zu müssen, vorüber war. Damit bekam auch die große Klappe wieder neues Leben; und ihr Besitzer ist wieder der Trommler. Zu seinem Unglück fordert aber ein Teil seiner Wähler Erfüllung der gegebenen Wahversprechen. Da er sie nicht erfüllen kann, ist der Niedergang der NSDAP, unabwendbar. Vom „Dritten Reich“ sprechen heute schon selbst die Hitlerianer nicht mehr.

Reichstag. Der Reichstag wird am 24. Januar zusammengetreten. Im Ältestenrat erklärte der Vertreter der Reichsregierung, die Regierung sei jederzeit bereit, vor dem Reichstag eine Erklärung über ihre Politik abzugeben. Der Reichskanzler müsse dann aber auch erwarten, daß eine Klärung der politischen Situation im Reichstag herbeigeführt werde. Die

Nazis stimmten gegen die Einberufung zu diesem Termin, und Reichstagspräsident Goering hielt sich von der Sitzung des Ältestenrats fern; er war wahrscheinlich von Hitler abkommandiert. Die Nazis weichen jeder entschiedenen Opposition der Tat gegenüber Schleicher aus. Nur das Maul funktioniert noch.

Unter Kavaliern. General Ludendorff hat sich mit Oldenburg-Januschau überworfen. Anlaß dazu bot der Hindenburg seinerzeit geschenkte Familienbesitz, Schloß und Gut Neudeck, das aber nach Angabe Ludendorffs gar nicht vom Reichspräsidenten, sondern von seinem Sohn, Oberst von Hindenburg, angenommen worden sei, der infolgedessen nach dem Tode seines Vaters keine Erbschaftsteuer zu zahlen habe. Aber Schenkungssteuer habe Oberst von Hindenburg auch nicht gezahlt. Führer der ganzen Geschenk-Aktion sei Herr von Oldenburg-Januschau gewesen, der später bei der Zuteilung von Geldern aus der Osthilfe „außerordentlich bestingt“ worden sei. — Auf diese Anwürfe antwortet Oldenburg-Januschau mit einem offenen Brief. Er gibt zu, daß das Gut Neudeck auf den Sohn des Reichspräsidenten überschrieben worden sei, und bestreitet auch nicht, daß für diese Schenkung keine Steuern gezahlt worden seien. Oldenburg-Januschau bestreitet nur, daß er als Gegenleistung für seine Tätigkeit in der Neudecker Stiftung bei seiner eigenen Umschuldung besonders bevorzugt worden sei. Gegenüber dieser Behauptung haut der Junker recht kräftig auf den Tisch. Ludendorff habe „die Ehre eines Kameraden freventlich verletzt“. — Was für eine Hetze hätten unsere Nationalen inszeniert, wenn dem Reichspräsidenten Ebert ein Gut geschenkt worden wäre, und dieser es, um Schenkungs- und Erbschaftssteuer zu sparen, nicht angenommen, sondern seinem Sohn überlassen hätte?

Gewerkschaftsvertreter beim Kommissar für Arbeitsbeschaffung. Reichskommissar Dr. Gereke empfing die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer Aussprache über die Durchführung seines Programms, das in einem Entwurf vorlag. Voraussetzung für die Zuweisung öffentlicher Aufträge im Rahmen des Programms soll in jedem Fall sein, daß Neueinstellungen nur zu den normalen Lohnsätzen und auf der Grundlage der geltenden Tarifverträge vorgenommen werden sowie, daß dabei die Vierzigstundenswoche eingehalten wird. Ohne Unterschied der Richtung verlangten die Gewerkschaftsvertreter die Beseitigung der Einstellungsprämien, weil sie Mittel entziehen, die für die direkte Arbeitsbeschaffung besser verwendet würden und weil Unternehmern, die ohnehin durch die Zuweisung öffentlicher Aufträge eine Beschäftigungssteigerung erhielten, nicht auch noch eine finanzielle Prämie dafür zugewiesen werden dürfe. — Die Richtlinien liegen uns im Wortlaut noch nicht vor. Jedoch kann schon festgestellt werden, daß die Regierung an den Einstellungsprämien festhält. Sie ist eben halt mehr als privatwirtschaftlich eingestellt und fördert die „freie Wirtschaft“ mit staatlichen Zuschüssen. „Sozialisierung der Verluste“ ist die nicht ausgesprochene Lösung der Privatwirtschaft.

Margarineverordnung vor dem Fall? Dem Reichsernährungsminister von Braun ist durch die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Protest der arbeitenden Bevölkerung gegen die Margarineverordnung überbracht worden. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung der Margarineverordnung verlangt. — Da sowohl von Erzeugern als auch von Verbraucherkreisen die Notverordnung über den Zwang zur Beimischung von Inlandsbutter zur Margarine abgelehnt wird, besteht die Möglichkeit der Aufhebung dieser Verordnung.

SPD-Volksbegehren. Das Reichsinnenministerium teilt mit, daß durch die Annahme jener Beschlüsse im Reichstag am 6. November, wonach die Regierung Schleicher gesetzlich genötigt ist, den Einbruch in das Tarifrecht rückgängig zu machen und auch die Lohnkürzungen für rechtsungültig zu erklären, sich das SPD-Volksbegehren auf Aufhebung der betreffenden Papen-Notverordnung erübrigt. — Dem SPD-Volksbegehren auf Aufhebung der Sozialpolitischen Notverordnung ist also ein voller Sieg beschieden.

Gregor Strafer preußischer Ministerpräsident?
Die Bemühungen um Beteiligung der Nazis an der Reichs- und preußischen Regierung gehen zur Zeit dahin, Gregor Strafer in ein hohes Amt zu berufen, sei es in das des Vizekanzlers oder in das des preußischen Ministerpräsidenten oder in beide. Daran wird die Vermutung geknüpft, daß es in diesem Falle zu einer Spaltung in der NSDAP. kommen werde, weil etwa vierzig Nazi-Reichstagsabgeordnete bereits zugesagt hätten, sich um Strafer zu gruppieren und gegebenenfalls bei einer Reichstagswahl gegen die Hitler-Bewegung kämpfen zu wollen.

Neue Taktik der KPD? In Sachsen haben die Kommunisten ihre bisherige Taktik, bei der Wahl von Stadtverordnetenvorstehern usw. grundsätzlich nur für ihre eigenen Kandidaten zu stimmen, wodurch sie wiederholt dazu beitragen, daß trotz sozialistisch-kommunistischer Mehrheit rechtsstehende Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurden, unter dem Druck der Arbeiterschaft anscheinend aufgegeben. Die Bezirksleitung für Sachsen kündigte an, die kommunistischen Fraktionen in den Gemeindeparlamenten, in denen eine sozialistisch-kommunistische Mehrheit bestände, würden unter bestimmten Voraussetzungen für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen, wenn in der Stichwahl die Entscheidung „zwischen einem offenen (!!) Faschisten und einem Kandidaten der SPD.“ stehe. Nach dieser neuen Taktik ist zum erstenmal bei der Wahl des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung in Leipzig ein Sozialdemokrat zum Vorsteher, zum ersten Stellvertreter ein Kommunist, zum zweiten Stellvertreter ein Sozialdemokrat gewählt worden. — Abzuwarten wäre, wie sich die Deutung „zwischen offenen Faschisten und einem Kandidaten der SPD.“ des weiteren in der Praxis auswirkt.

So handeln Sozialdemokraten. Durch ein national-sozialistisches Manöver wurde bei der Präsidentenwahl im Chemnitz Stadtparlament der sozialdemokratische Kandidat nicht gewählt. Darauf stimmten bei den Stichwahlen die Sozialdemokraten gemeinsam mit den Kommunisten für deren Kandidaten, was zur Folge hatte, daß sämtliche Posten des Präsidiums mit Kommunisten besetzt wurden.

Antifaschisten in der Theorie — Klassenverräter in der Praxis. Im „Grundstein“ Nr. 52/53 v. J. berichteten wir, wie Hohennölsen im Zeit-Weissenfelder Kohlenrevier trotz starker Arbeitermehrheit im Gemeindeparlament zu einem Nazi-Bürgermeister kam. Im Vorjahr mußte dort der Bürgermeister gewählt werden. Das Los entschied, daß der Kommunist mit dem Nazi-Kandidaten in die Stichwahl kam. Um die Wahl eines Faschisten zu verhindern, stimmten die Sozialdemokraten für den Kommunisten. Die Regierung versagte aber seine Bestätigung. Die Wahl mußte deshalb wiederholt werden. Diesmal kam aber der sozialdemokratische Kandidat in die Stichwahl mit dem Faschisten. Handelten nun die Kommunisten wie die Sozialdemokraten? Nein! Sie stimmten nicht für den Sozialdemokraten, so daß der Faschist Bürgermeister wurde. Der Nazi-Bürgermeister bedankte sich öffentlich für die kommunistische Hilfe bei seiner Wahl. — Erbärmlicher Klassenverrat ist trotz gelegentlicher Erleuchtung immer noch politische Grundlinie der KPD. Wie Sozialdemokraten handeln, zeigt unsere heutige Notiz: „So handeln Sozialdemokraten!“

Versicherungsgelder für die SA? Vor einiger Zeit stellte die Zeitschrift „Das Tagebuch“ die Behauptung auf, daß der Gerling-Versicherungskonzern zehn Millionen Mark für die Hitler-Partei gegeben habe. Derartige Meldungen sind schon häufiger durch die Presse gegangen, wurden aber immer zurückgenommen; nicht weil sie falsch waren, sondern weil die Unterlagen für den Beweis nicht ausreichten. Diesmal stimmt aber nicht nur die Meldung, sondern auch die Unterlagen scheinen vollzählig zu sein, denn weder Hitler noch die Verwaltung des Gerling-Konzerns haben sich bis jetzt zu einer Presseberichtigung aufgeschwungen. Im Gegenteil, der Gerling-Konzern hat einen Unterhändler zu dem Herausgeber des „Tagebuch“ geschickt, der die unangenehme Affäre beilegen sollte. Das „Tagebuch“ forderte daraufhin eine eidesstattliche Versicherung von allen Mitgliedern der Konzernleitung, daß sie weder direkt noch indirekt Zuwendungen an die Nazis gemacht habe. Die Abgabe dieser Erklärung vor einem Notar hat die Direktion des Gerling-Konzerns bis jetzt verweigert. Sie scheut sich wahrscheinlich vor einer falschen Versicherung, und eine richtige kann sie nicht abgeben. Vielleicht stellen einmal die nicht nationalsozialistischen Versicherten des Gerling-Konzerns die Frage, ob sie einer solchen Verwaltung ihr Geld noch länger anvertrauen wollen. — Klassenbewußte Arbeiter versichern sich bei der Volkstürsorge!

Fememorde in der NSDAP. Es häufen sich die Fälle, wo Angehörige der Hitler-Partei von Hitler-Brüdern terrorisiert oder sogar ermordet werden. Seit dem 4. November war in Dresden der SA-Mann Hentsch verschwunden. Nun hat man seine Leiche, in einem Sack gehüllt und mit Steinen beschwert, in einer Talsperre gefunden. Die Mörder sind SA-Leute, denen es lediglich durch das Verhalten der sächsischen Polizei gelang, nach Italien zu flüchten. Stark belastet ist auch der Dresdener SA-Führer Dr. Bennecke. Hentsch wurde ermordet, weil er zu viel wußte! Er war Mitglied des Geheimdienstes der NSDAP. Die Mörder sind noch Mitglieder der NSDAP., was bei der bekannten Einstellung ihres Obersten Führers, der den Kampf für die Freiheit der Mörder von Potempa als eine Ehrensache der NSDAP. erklärte, eine Selbstverständlichkeit ist. — In dem braunschweigischen Ort Astfeld wurde ein SA-Mann von einem andern SA-Mann erschossen. In Magdeburg schoß ein Nazi auf den andern und verletzte ihn schwer. In einigen andern Orten ereigneten sich ähnliche Vorgänge. Fememorde und Kameraden-Terror sind in der NSDAP. an der Tagesordnung. Sie sind Kennzeichen der Zersetzung der Hitler-Partei. Die Zersetzung frißt weiter. Das zeigt u. a. Otto Strafer in seiner „Schwarzen Front“. Er behauptet, daß Röhm vor einigen Tagen rein privat bei Schleicher war und

mit heftigen Worten seine Unzufriedenheit mit Hitler zu dem Ausdruck brachte.

Sozialdemokratischer Parteitag. Der diesjährige Parteitag der SPD. beginnt am 12. März in Frankfurt am Main. An erster Stelle stehen ein Vortrag Hilferdings über „Marx und die Gegenwart“, dann der Bericht des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, der unter dem Titel „Die Politik der Sozialdemokratie“ von Otto Wels gezeihen wird.

Allgemeine Rundschau

Die Sache klappt nicht. Als die Papen-Regierung die „grundsätzlich neue Staatsführung“ ankündigte, glaubten viele an eine Wendung aus aller Not. Mit allen Mitteln sollte der Arbeitslosigkeit zu Leibe gegangen werden. Wäre alles so gelaufen, wie es in der Theorie dargestellt wurde, dann hätten tausende und aber tausende Volksgenossen Beschäftigung finden müssen. Es ist aber anders gekommen. Zwar fließen den Besitzenden Millionen aus dem Staatsäckel zu; aber die Legion der Arbeitslosen wird nicht geringer. Diese Feststellung, die bis vor kurzem noch amtlich bestritten wurde, ist heute offenkundig. Ein Rundschreiben des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie ein Erlaß des Reichsarbeitsministers beweisen, daß auch die Regierung über die Wirkung der Maßnahmen enttäuscht ist. Der Präsident der Reichsanstalt ist enttäuscht darüber, daß, trotzdem die Mittel der Reichsregierung zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung und der schlagartigen Einkleitung öffentlicher Arbeiten zugesagt und vergeben worden sind, die Arbeiten selbst noch nicht begonnen seien. Trotzdem die in Aussicht genommenen Arbeiten durch die Reichsanstalt und die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten geprüft und genehmigt sind, trotzdem auch die Kreditfähigkeit der Firmen, die die Unternehmerwechsel ausstellen, feststeht, will es nicht vorwärtsgehen. Der Präsident der Reichsanstalt bittet die Landesarbeitsämter um ihre Einwirkung, damit die Arbeiten sofort begonnen und noch im Laufe des Winters durchgeführt werden. — Auf demselben Gebiete liegt ein vom Reichsarbeitsminister an die Länderregierungen herausgegebener Erlaß, der die Reichszuschüsse für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen zum Gegenstand hat. Auch hier sind die Mittel zugesagt und festgelegt, aber die Arbeiten selbst kommen nicht in Fluß. — Die Arbeiterschaft, insbesondere die Erwerbslosen, erwartet von der Reichsregierung schärfstes Durchgreifen, damit die verteilten Steuergroschen eine Belebung des Arbeitsmarktes bringen. Kann die Regierung das nicht, so ist damit ihr Bankrott der „grundsätzlich neuen Staatsführung“ auch nach dieser Seite offensichtlich.

Internationale Vierzigstundenwoche? Das Internationale Arbeitsamt unterbreitet Vorschläge zur Verkürzung der Arbeitszeit. Eine Verkürzung, die nicht bis auf 40 Stunden ginge, hätte nach Auffassung des Arbeitsamtes für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nur geringe Bedeutung. Eine Herabsetzung auf 36 Stunden hätte ernste Folgen für die Unternehmer, wenn die Lohnsätze beibehalten und für die Arbeiter, wenn die Löhne vermindert würden. Die kürzere Arbeitswoche werde vom Amt als ein wichtiger Faktor jeder sozialen Planung auf lange Sicht bezeichnet. Theoretisch werden bei Herabsetzung der Arbeitswoche von 48 auf 40 oder 36 Stunden Neueinstellungen von 20 bis 33% % als möglich betrachtet. Die erhöhte Kaufkraft der zur Arbeit Zurückgekehrten würde durch verstärkte Nachfrage nach Gütern weitere Einstellungen ermöglichen. Ein Vorentwurf des Arbeitsamtes sieht deshalb vor, daß das Abkommen über die weitere Verkürzung der Arbeitszeit nur für die Industrie Anwendung findet, und zwar auf die Betriebe, für die das bestehende Abkommen zur Begrenzung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben gilt. Es wird eine durchschnittliche Arbeitszeit von 40 Stunden als wichtig vorgeschlagen, für Arbeiter, die einen ununterbrochenen Fortgang erfördern, wahrscheinlich 42 Stunden. Weiter schlägt das Arbeitsamt vor, daß die Konferenz beschliesse, jede Lohnkürzung, die den Lebensstandard der Arbeiterschaft verschlechtern abzulehnen.

Welttreffen ehemaliger Kriegsteilnehmer in Genf. Die am 5. und 6. Januar 1933 in Berlin zusammengetretene Konferenz von Mitgliedern der Präsidenten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegssoffer und Kriegsteilnehmer (CIAMAC) und der interalliierten Föderation der ehemaligen Kriegsteilnehmer (FIDAC) hat beschlossen, in nächster Zeit in Genf ein großes internationales Welttreffen der ehemaligen Kriegsteilnehmer zu veranstalten. Von dieser Kundgebung, die von allen am Weltkrieg beteiligten gewesen Ländern durch ehemalige Kriegsteilnehmer besichtigt sein wird, soll eine nachdrückliche Aufforderung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, alle Mitglieder der Konferenz und alle Staaten zur Abrüstung gerichtet werden. Wir begrüßen das. Die Kriegsteilnehmer sind die berufensten Hüter des Friedens und haben das Recht, ihre Stimme mit besonderem Nachdruck zu erheben. Außerdem hat die Konferenz an den Präsidenten der Außerordentlichen Völkerverammlung einen Appell gerichtet, in dem im Namen der Menschlichkeit protestiert wird gegen die Fortsetzung der im chinesisch-japanischen Konflikt in der Mandchurei verursachten Gewalttätigkeiten. Der Völkerverbund wird aufgefordert, alle seine Mittel einzusetzen, um den Feindseligkeiten ein Ende zu bereiten und eine friedliche und gerechte Beilegung des Konfliktes sicherzustellen.

Tageskurs für Gipser. Mitte Januar beginnt in der Gewerbeschule in Stuttgart, Weimarer Str. 26, ein ganztägiger, vier Wochen dauernder Kursus. Die Anmeldungen sind bei dem Rektorat der Gewerbeschule zu machen. Die Kosten betragen 24 Mk. Der Besuch des Kursus ist zu empfehlen.

Kalksabat. Im November 1932 wurden abgesetzt: Brantkalk (21 727 t, kohlenaurer Kalk 27 759 t, Rohsteine 142 362 t).

Bücher und Schriften

Generat und me rason, werbeprämierte der Büchergröße Gutenberg, Berlin SW 61, Dreibrundmühl. „General“ das ist kein monarchistischer Offizier, „General“ ist der Generalstabsoffizier des wissenschaftlichen Sozialismus, der Freund und Berater Karl Marx, Friedrich Engels, von ihm hat Walther Victor ein Lebensbild gezeichnet. Nicht um die Literatur über Friedrich Engels zu vermehren, sondern um „in freier Nachzeichnung“ einzelner Lebenszüge ein „eigenwilliges Bild des Menschen zu entwerfen. Der Verfasser stellt den „General“ neben seinen Freund „Mohr“ (Karl Marx) mitten hinein in das Leben zwischen die Schwestern Mary und Lizzie Burns, die Lebensgefährtinnen Engels, und bringt uns so eine unserer charakteristischsten Führergestalten menschlich noch näher. So und vielleicht auf keine bessere Art wie Walther Victor es tut, bringt man uns die Großen unserer Geschichte näher. Sein Buch zeichnet sich auch in dem benutzten Stil aus. Eine in jeder Hinsicht begrüßenswerte Neuausgabe!

Meyers Volks-Atlas. Zweite neu bearbeitete Auflage. Mit 101 Haupt- und Nebukarten nebst geographischer Einleitung und alphabetischem Namensverzeichnis. Großformat 17x25 cm. In Ganzleinen 6,90 Mk. Bibliographisches Institut, Leipzig, C. L. Postschließfach Nr. 438. Der Atlas ist kaum ein Jahr nach dem erstmaligen Erscheinen bereits in einer verbesserten Auflage herausgekommen. Er hat wesentlich größere Maßstäbe und eine größere Anzahl der im Kartenbild enthaltenen Namen (80 000

Sämtliche Beitragszahler verlieren ihre Rechte!

Für die Woche vom 8. bis 14. Januar ist der 2. Bundesbeitrag für 1933 zu zahlen

zählt das Register) als zahlreiche andere billige Atlanten. Trotz der reichen Beschriftung und der gleichzeitigen Wiedergabe des Bodoreliefes ist das Kartenbild wunderbar klar und übersichtlich. Nicht weniger als acht kleine Ergänzungen bringt er aus einem Preisanschreiben, dessen beste Ergebnisse Aufnahme gefunden haben. Die Arbeiten zeugen von der Gestaltungskraft, die im proletarischen Schlummer, Ferner werden die letzten Wahlereignisse und die politische Gesamtsituation am Ende 1932 kritisch beleuchtet. Einige Aufsätze behandeln Urlaubsbrot und Jugendberufshilfe. Auch der Aufsatz „Wetterkundo“ wird vielen willkommen sein. Der Kalender enthält noch mancherlei, was hier anzuführen zu weit führen würde. Der Neue-Welt-Kalender ist durch alle Verlagsanstalten sowie durch die Verlagsanstalt Auer & Co. zu beziehen.

„Das schöne Heim.“ Verlag F. Bruckmann, München. In der Januarnummer wird das Problem der Aufbaumittel, die besonders zeitgemäße Form der „stufenweisen“ Arbeitsbeschaffung, behandelt. Ferner werden der bürgerliche Wohnbau, ein Landhaus und zwei weitere Kleinhäuser mit äußeren Ansichten, Grundrissen und wichtigeren Einzelheiten der Inneneinrichtung gezeigt. Auch der übrige Inhalt ist wertvoll. Das Heft ist für 1,45 Mk. in jeder Buchhandlung erhältlich.

Neue-Welt-Kalender 1933. Preis 50 Pf. Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg 36, Fehlandstraße 11. — Der annähernd im 57. Jahrgang erscheinende Kalender enthält diesmal überwiegend Kurzgeschichten. Nicht weniger als acht kleine Ergänzungen bringt er aus einem Preisanschreiben, dessen beste Ergebnisse Aufnahme gefunden haben. Die Arbeiten zeugen von der Gestaltungskraft, die im proletarischen Schlummer, Ferner werden die letzten Wahlereignisse und die politische Gesamtsituation am Ende 1932 kritisch beleuchtet. Einige Aufsätze behandeln Urlaubsbrot und Jugendberufshilfe. Auch der Aufsatz „Wetterkundo“ wird vielen willkommen sein. Der Kalender enthält noch mancherlei, was hier anzuführen zu weit führen würde. Der Neue-Welt-Kalender ist durch alle Verlagsanstalten sowie durch die Verlagsanstalt Auer & Co. zu beziehen.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder.

- Bayreuth. Lorenz Hofmann, Maurer, 56 Jahre.
- Chemnitz. (Thalheim) A. Kreyßig, Hilfsarbeiter, 66 J.
- Flensburg. Heinrich Seemann, Maurer, 77 Jahre.
- Frankfurt/M. (Breitenbrunn) Joh. Chr. Kabel, Rübizer, 54 Jahre alt.
- Glogau. Aug. Baberschenke, Maurer, 60 Jahre alt.
- Hamelin. (Brüninghausen) Aug Meyer, M., 20 J.
- Hamm. Fritz Schäfer, Hilfsarbeiter, 35 Jahre alt.
- Kiel. Otto Steinbring, Maurer, 26 Jahre alt.
- Krefeld. Franz Lingen, Maurer, 18 Jahre alt.
- Leipzig. Hugo Bauer, Stukateur, 58 Jahre alt.
- Albert Elste, Glaser, 59 Jahre alt.
- Franz Fischer, Hilfsarbeiter, 71 Jahre alt.
- Bruno Schneider, Maurer, 70 Jahre alt.
- Reinhold Stein, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt.
- Magdeburg. (Hohendobeleben.) A. Kups, M.-P., 58 J. (Schönebeck.) Friedrich Schmidt, Maurer, 58 J.
- Mainz. Jakob Götter, Maurer, 63 Jahre alt.
- Mainburg. Karl Tauber, Töpfer, 71 Jahre alt.
- Naumburg. Hermann Eichstädt, Maurer, 24 J.
- Obhausen. Hermann Rothkopf, 45 Jahre alt.
- Orianienburg. M. Jacob, Maurer, 24 Jahre alt.
- Friedrich Mühe, Maurer, 76 Jahre alt.
- Wiesbaden. (Frauenstein) G. Schreitz, Hilfsarb., 58 J.
- Wittenberg. Friedrich Anton, Maurer, 71 Jahre.
- Karl Wöbler, Maurer, 75 Jahre alt.

Krankenkasse der Maurer und verwandten Berufsgenossen in Elmshorn.
Generalversammlung am Sonntag, dem 5. Februar, nachmittags 15 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung: 1. Jahresabrechnung, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes.

Baugewerkschaft Güstrow.
Generalversammlung am 19. Januar 1933, abends 8 Uhr, im Schützenhaus.

Tragt unsere Bundesnote!

Wer gute Tasch- od. Armbr.-Uhr ^{mit} ^{billig} kauft will, vert. Preisliste gratis. Uhren-Klöse, Bln. SW29/71, Lössener Str. 8

Das Bauwerk

Monatlich ein Heft, 24 Textseiten mit zahlreichen Abbildungen. Bezugspreis für Mitglieder des Deutschen Bauergewerksbundes vierteljährlich 1,50 Mk. Bestellungen nehmen die Vorstände der Bauergewerkschaften an die bei rags assoziiert entgegen.

ALLES BILLIGER!
Werkzeuge-Liste gratis. WESTFALIA-WERKZEUGE CO. BAGEN 103 1. W.

Billige büm. Bettfedern nur reine, gutfüllend sortiert. Ein Kilo, graue geschl., 2,50 Mk., halbweiße 3, Mk., weiße 4, Mk., bessere 5, Mk., 6, Mk., daunenweiße 7, 7, 8, Mk., beste Sorte 10, 12, Mk. weiße ungeschlissene Ruffledern 4, 50 u. 7, 50 Mk., beste Sorte 9, 50 Mk. Versand franco zollfrei, gegen Nachn. Muster frei Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sannsel, Lobes Nr. 9, bei Pilsen, (Böhm.).

Realiste Bezugsquelle! Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, nur Daunen, oopp. gereinigt Pfd. 2,-, allerl. Qualität 3,-, kleine Federn (Halsbau) 4,-, 5,-, Daunen 5,- u. 6,-, gereinigte gerissene Federn mit Daunen 3,25 u. 4,25, hochpr. 5,25, allerl. 6,50 1a Volldecken 8,- u. 9,-, 1a volle, alle, Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **WILHELM MANTAUER!** Gänsefedern, Matratzen, Bettdecken, 2 b. (Oderb.) Aeltestes und größtes Bettfederverbands-geschäft des Oderbruchs eegr 1832.